

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 1.

Dienstag, den 2. Januar 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Wie der Militarismus auf dem deutschen Volke lastet.

Das neue Deutschland von 1870-71 brauchte ein Jahr nach dem Kriege, also 1872, für Rüstungsausgaben 370 Millionen Mark.

Damals hatte das Deutsche Reich rund 41 Millionen Einwohner, jeder einzelne mußte demnach im Durchschnitt neun Mark solcher wahnwitziger Lasten tragen!

Jetzt betragen die Rüstungsausgaben pro Jahr über 1 500 000 000 Mark!

Deutschland hat heute 65 Millionen Einwohner, das deutsche Volk vermehrte sich von 1872 bis 1911 um rund 60 Prozent. Auf jeden Kopf kommt jetzt eine Rüstungslast von fast 24 Mark! Diese Ausgaben sind in rund vier Jahrzehnten um

305 Prozent gestiegen!

Die Belastung mit Ausgaben für den Rüstungswahnsinn betrug für jede deutsche Familie mit 4,7 Köpfen (Reichsdurchschnitt) im Jahre 1872

42,30 Mark,

im Jahre 1912

102,10 Mark!

Das ganze deutsche Volk mit Ausnahme der Junker leidet unter der hohen Steuer, rund 102 Mk. für den Rüstungswahnsinn muß trotzdem jede Familie tragen.

Millionen von Arbeitern und Arbeiterinnen leiden unter dem Mangel der notwendigsten sozialen Leistungen des Staates, jeder Arbeiter und jede Arbeiterin müssen trotzdem im Durchschnitt pro Jahr rund 42 Mark für Militarismus, Flottenbau und Luftschiffahrt hergeben!

Die wahlberechtigten deutschen Staatsbürger werden von Jahr zu Jahr durch das längst ungerecht gewordene Reichstagswahlrecht immer mehr betrogen, sie müssen trotzdem alle gleichmäßig beitragen zu den ins Ungeheuerliche steigenden Ausgaben für den — Frieden, wie ihn die herrschenden Klassen verstehen!

Daran denke jeder am 12. Januar!

## Das Wachstum der Kiesenvermögen.

Wie ungeheuerlich die Zunahme mancher Kiesenvermögen ist, dafür liefern folgende Beispiele den Beweis, die dem bekannten „Sachbuch der Millionäre“ des Regierungsrats Martin entnommen sind:

Fürst Henckel von Donnersmarck auf Neu-Beck hat ein

Jahr	Vermögen von	Einkommen von
1897	65 Millionen Mt.	4 Millionen Mt.
1899	85	5
1902	96	6
1905	120	8
1908	177	12

Herzog von Ujest, Fürst Hohenlohe-Dehringen-Slawentz, hatte ein

Jahr	Vermögen von	Einkommen von
1895	45 Millionen Mt.	2,7 Millionen Mt.
1899	54	3
1902	59	5
1905	100	7
1908	151	7

Hans Ulrich Graf v. Schaffgotsch-Koppitz hatte ein

Jahr	Vermögen von	Einkommen von
1896	21 Millionen Mark	1/2 Millionen Mark
1899	48	2-3
1902	59	4-5
1905	64	5-6
1908	79	4-5

Franz Hubert Graf Tiele-Winkler-Moschen hatte ein

Jahr	Vermögen von	Einkommen von
1896	18 Millionen Mark	1/2 Millionen Mark
1899	30	1
1902	31	2-3
1905	47	2-3
1908	74	3-5

In ein oder zwei Jahrzehnten sind also diese fabelhaften Vermögen entstanden. In diesen wenigen Jahren

wuchsen die Vermögen um 60, um 100, ja um 110 Millionen Mark! Nur der entwickelte Kapitalismus vermag in so kurzer Frist solch ungeheure Vermögensanhäufungen zuwege zu bringen, zwingt er doch die Massen des elend entlohnten arbeitenden Volkes in den Dienst der Kapitalmagnaten!

## Die Reichstagswahl.

Der Dank für die Wahlarbeit der Lehrer.

In einer konservativen Versammlung hat, wie die „Bodezeitung“ aus Ocherleben berichtet, der konservative Reichstagskandidat Hörnecke gesagt, er würde lieber sehen, wenn die Lehrer ihre freie Zeit — denn bei ihnen habe ja das Arbeitsjahr nur 1/4 Jahre und die Woche nur 30 Stunden, benutzen würden, katholische Arbeiter auf dem Lande zu erzeugen. In derselben Versammlung sagte ein Herr Bartmuf: „Der liebe Gott weiß alles, aber die Lehrer wissen alles besser.“ — Das ist der Dank.

Schwarzblaue Männen.

Der „Freisinnigen Zeitung“ wird aus Hanau geschrieben, daß sich im Wahlkreis der Vorgesetzte der konservativen Partei, ein Hauptmann a. D., mit Wagen des 6. Männen-Regiments in die Ortschaften des Hanauer Wahlkreises fahren läßt. Der Hauptmann a. D. scheint großen Wert auf die Uniform zu legen und denkt, durch die Mitnahme der schmucken Männen den Bauern mehr für die konservative Sache imponieren zu können. Offenbar soll diese Verwendung der Soldaten die Notwendigkeit einer — Heeresverfälschung beweisen.

Die Konservativen im Wahlkampf.

Wir lesen im „Berl. Tageblatt“: Im Wahlkreise Rothenburg-Hoyerswerda kandidiert gegen den fortschrittlichen Volksparteiler Goldschmidt der Herr Landrat Dr. Hegenscheidt-Hoyerswerda. Wie dieser preussische Beamte die Agitation betreibt und mit welchen Mitteln er sich sein Mandat zu sichern sucht, zeigt ein Flugblatt, das „an das Handwerk und den gewerblichen Mittelstand im Wahlkreise Rothenburg-Hoyerswerda“ gerichtet und von dem Herrn Landrat unter Hinzufügung seines Amtstitels unterzeichnet ist. In dem Flugblatt, welches das schöne Motto trägt: „Jede Arbeit ist ihres Lohnes wert!“ — wird dem Mittelstand auseinandergesetzt, daß die Freisinnigen seine Feinde und nur die Konservativen seine Freunde sind und in einer Randbemerkung wird auch das „Berliner Tageblatt“ erwähnt, dem der Herr Landrat „vaterlandslose Gesinnung“ vorwirft. Das „Tageblatt“ bemerkt dazu: „Da nach dem Motto des landrätlichen Wahlflugblattes jede Arbeit ihres Lohnes wert ist, so haben wir Herrn Landrat Dr. Hegenscheidt-Hoyerswerda wegen verleumderischer Beleidigung verklagt.“

Konservative Wählerpreijung.

In einer Versammlung in Gnojau hat, den „Erb. N. N.“ zufolge, Bessler Hannemann für Herrn von Oldenburg-Sanitschau in folgender Weise Stimmen zu pressen gesucht:

„Wir haben noch eine gewaltige Waffe in der Hand gegen diejenigen, die uns nicht folgen oder die Kandidatur des Herrn v. Oldenburg nicht unterstützen wollen, und das ist der Boykott! Ich für meine Person werde diesen Boykott verhängen über diejenigen Kaufleute und Handwerker, die Herrn von Oldenburg nicht wählen wollen.“

Die Frauen und die Reichstagswahl.

In sechsundzwanzig öffentlichen politischen Versammlungen, die am Donnerstagabend in Berlin und in den Nachbargemeinden stattfinden werden, wird das Thema „Die Frauen und die Reichstagswahl“ behandelt. In vierzehn Versammlungen werden Frauen referieren. Die Frauen der Reichshauptstadt werden durch diese Versammlungen wieder einmal die Leute Lügen strafen, die behaupten, die Frau sei indifferent und stehe dem Wahlkampf gleichgültig gegenüber. Es ist bekannt, wie bürgerliche Kandidaten im allgemeinen über das Wahlrecht der Frau denken. In seltener Offenheit hat aber der Kandidat der vereinigten nationalen Parteien im zweiten Berliner Reichstagswahlkreis seine Ansicht bekundet, der auf eine Anfrage des Brandenburgischen Provinzialvereins für Frauenstimmrecht antwortete:

„Zu Frage 1: Ich bin weder prinzipiell noch sonstwie dafür, daß die Frau mehr als es jetzt schon leider geschieht, ihren häuslichen Pflichten, vor allem ihren Mutterpflichten entzogen wird. In aller und großer Verehrung für die Frau wirkt für mich jede Frau, die sich öffentlich der Gefahr aussetzt, von Hinz und Kunz beschimpft zu werden, geradezu abschreckend und abstoßend. Gott be-

wahre Eins vor noch mehr solcher Frauen. Frage 2-4 erledigt sich wohl damit.

Hochachtungsvoll F. Meckelke.“  
Der „liberale“ Herr Meckelke teilt diese seine Stellungnahme öffentlich in der konservativen „Deutschen Tageszeitung“ mit, die ihrerseits dazu bemerkt: „Eine gute Antwort!“ — Nun wird Herr Meckelke der konservativen Stimmen im Wahlkreise sicher sein.

Wählerziehung en masse.

Wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ mitteilt, hat das Zentrum 3500 Wähler aus dem sicheren schwarzen Kreis Saarlouis in den minder schwarzen Kreis Saarbrücken abkommandiert, um Basser mann im ersten Wahlgange zu werben. Dabei aber hat jüngst die „Rheinische Volkszeitg.“ das Abkommandieren von Wählern von einem in dem andern Wahlkreis als einen an die Grenze des Unzulässigen streifenden Wahlkniff gekennzeichnet. — Wies trifft!

Ostelbische Familienwahl.

Der Landrat Singelmann in Slogau hat die konservative Wahlvorbereitung schon durch manchen originellen Zug bereichert. Jetzt wird bekannt, daß er für den Wahlbezirk Schönau den dort anässigen konservativen Reichstagskandidaten, Regierungsassessor v. Jordan, zum Wahlvorsteher ernannt hat. Die Familie des Kandidaten scheint aber auch sonst große Eignung für dieses Amt zu besitzen, denn im Dorfe Großobich ist der Vater des Herrn v. Jordan, in Gramschütz sein Onkel zum Wahlvorsteher ernannt worden. Herr von Jordan Vater hat als Wahllokal sein eigenes Amtsvorsteherzimmer bestimmt, trotzdem Gasthöfe vorhanden sind. Auch sonst sind in den Dörfern des Glogauer Kreises in großem Umfange private Räumlichkeiten der Wahlvorsteher als Wahllokale bestimmt worden. Die Wähler werden hoffentlich die Ehre zu würdigen wissen, daß sie im Schlosse des „gnädigen Herrn“ ihren Stimmzettel abgeben dürfen. Na, und sie werden doch auch nicht etwa die verwandtschaftlichen Gefühle der Wahlvorsteher verletzen wollen, indem sie für den fortschrittlichen Professor v. List oder gar für den Sozialdemokraten stimmen! Es ist doch etwas Schönes um den konservativen Familiensinn, der es bekanntlich auch nicht duldet, daß die Junker Erbanfallsteuer zahlen, wenn sie von ihrem Vater Güter erben, die Millionen wert sind und zu deren Wertsteigerung das Volk noch durch Zölle und Liebesgaben reichlich beitragen muß.

Ser mit einer Wahlsparole!

Da diesmal die Regierung den rechtsstehenden Parteien eine Wahlsparole zum Weihnachtsfest befehrt hat, bemühen diese sich selbst, krampfhaft, eine solche zu finden. Köstlich ist dabei, zu sehen, wie verärgert die Patrioten auf die so gefühllose Regierung schimpfen. Die „Deutsche Zeitung“ beginnt ihren Neujährsartikel mit dem Hinweis, daß „unser Unter verjagt haben“. Und die „Post“, das alte Scharfmacherblatt, jammert: „Niemand kann leugnen, daß wir heute mitten in einem Kampfe um die Grundprinzipien der Reichsverfassung stehen, daß wir mit Riesenschritten dem parlamentarischen Herrschaftssystem zustreben. Die Regierung hindert es nicht und ist nicht stark genug, dem Anprall zu wehren. Im Gegenteil: sie tut das ihre, dieser Umwertung der konstitutionellen Werte in die Hand zu arbeiten.“

Samuel hilf! Der „lückenlose Zolltarif“ des Herrn Heydebrand zieht da gar nicht. In dieser Situation kommt die „Magdeburger Zeitung“ zu Hilfe. Das Ziel aller Scharfmacher ist ja in solcher Bedrängnis, die Sozialdemokratie niederzurufen. Das Blatt für die Geldsacksinteressen gibt nun Fingerzeige, indem es die Sozialdemokratie als „Lache nicht, Lese!“ — die größte Kriegsgefahr bezeichnet. Die Sozialdemokratie schüre einerseits den Kampf im Innern des Volkes und andererseits sei sie bestrebt, das Reich wehrlos zu machen oder doch seine Wehrkraft erheblich zu schwächen. Die „Deutsche Tageszeitung“, das Agrarierblatt, freut sich über diese nationale Wahlsilfe.

Wir registrieren nur diese Verjuche, in der Angst vor der Sozialdemokratie nach jedem Strohalm zu greifen, um sich vor dem Untergang zu retten.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Berliner Stadterordneten und der Schießerlaß des Polizeipräsidenten.

Der von der Berliner Stadterordnetenversammlung zur Vorberatung des sozialdemokratischen Antrages wegen des Jagowischen Schießerlasses eingeschickte Ausschuß trat Freitagabend zusammen. Es wurde eine



Resolution angenommen, in der Verwahrung eingelegt wird gegen die in einem Schreiben des Polizeipräsidenten an den Magistrat niedergelegte Auffassung über die Rechte der Stadtverordnetenversammlung. Soweit der offizielle Bericht über die Sitzung, aus dem wohl zu entnehmen ist, daß der Polizeipräsident der gewählten Vertretung Berlins das Recht bestritt, sich gegen seinen Schieferlass zu wenden. Der Einfluß der Städteverwaltungen auf die staatliche Polizei ist ja in Preußen gleich null. Dafür aber gehen die Leistungen der Städte für die Polizei in die Millionen, was auch ein Beitrag zur vielgerühmten preussischen Selbstverwaltung ist.

### Strafaußschub und Verjährung.

Durch einen Erlass des preussischen Justizministers wird die gütliche Bewilligung der Unterbrechung von Freiheitsstrafen, sowie die Stundung oder Teilzahlung gerichtlicher Geldstrafen geregelt. Die Unterbrechung von Freiheitsstrafen wird größtenteils von der Bewilligung der Staatsanwaltschaft abhängig gemacht, soll jedoch nur in besonderen Ausnahmefällen zugelassen werden. Innerhalb dieser Grenze sollen Vergünstigungen in der Hauptsache dazu benutzt werden, die häuslichen, wirtschaftlichen und bürgerlichen Verhältnisse der Verurteilten beim Strafaußschub zu berücksichtigen, und, soweit angängig, zu schonen. Insbesondere soll bei Geldstrafen durch angemessene Zahlungsbedingungen die Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen möglichst vermieden werden. Ein weiterer Erlass legt den Staatsanwaltschaften nahe, nicht schematisch Handlungen zu setzen, durch die die Verjährung von Verletzungen des Strafgesetzes unterbrochen wird. Unter Berücksichtigung der Einzelfälle sollen unnötige Härten vermieden werden.

### Der preussische Etat.

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ veröffentlicht in ihrer Silbester-Nummer den preussischen Staatshaushaltsetat für 1912. Auffällig ist, daß der Etat jetzt schon, einen halben Monat vor Eröffnung des preussischen Landtages, amtlich zur Kenntnis gegeben wird, während früher der Etat tropfenweise aus dem Geheimkabinett des preussischen Finanzministeriums sickerte. Der Etat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 4 301 242 250 Mk. ab. Von den Ausgaben entfallen 1 280 073 350 Mk. = 5,3 Proz. der Gesamtausgaben auf das Extraordinarium, gegen 2 140 502 253 Mk. = 5,2 Proz. der Gesamtausgaben im Etat für 1911. Zur Herstellung des Gleichgewichts sind 19 000 000 Mk. als außerordentliche Einnahme eingestellt, die im Wege der Anleihe zu beschaffen ist. Im Etat für 1911 war diese außerordentliche Einnahme auf 29 900 000 Mark bemessen.

Bei der Eisenbahnverwaltung ist in Aussicht genommen, neben dem im Extraordinarium ausgebrachten Mitteln etwa 190 000 000 Mk. für die bestehenden Bahnen durch Anleihe bereitzustellen. Die Staatsschuld beläuft sich nach der Beilage B zum Etat der Staatsschuldverwaltung auf 9 428 874 044 Mk. gegen 1911 — 9 102 803 152 Mk. Die Verminderung ist durch Rückkauf von Schuldverschreibungen und durch Einlösung unrentabiler, auf Grund von Anleihegeboten ausgefertigter Schatzanweisungen herbeigeführt. Von der Gesamtschuld entfallen auf die Eisenbahnverwaltung 7 223 670 000 Mark und auf die Bergverwaltung 1 675 974 044 Mk.

In die Breite gehen die Ausführungen über die Bewilligungen von Pensionen an Zivilbeamte, von gesetzlichen Witwen- und Waisengeldern, Pensionen und Hinterbliebenenbezüge für die Volksschullehrer und -lehrerinnen usw. Hierin scheint die Ursache für die frühere Veröffentlichung des Etats zu liegen. Die Blätter der rechtsstehenden Parteien setzen auch bereits ein, diesen Teil des preussischen Etats für den Wahlkampf sich nutzbar zu machen. Sie teilen mit, daß bei der Staatsregierung die Absicht besteht, zur Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse schon für das laufende Etatsjahr bei den Unterhaltungsstellen im Wege der Etatsüberschreitung Mittel flüssig zu machen.

Ob das Dreiklassenparlament nach den Reichstagswahlen hierzu seine Zustimmung geben wird, das steht auf einem andern Blatte.

### Zur Reichsversicherungsordnung.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht in der Nummer vom 30. Dezember 1911 die Bekanntmachung vom 22. Dezember, betreffend die Ergänzungsbestimmungen für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung nach der Reichsversicherungsordnung. Danach werden bis zur Errichtung der Oberversicherungs- und Versicherungsämter die Kosten der Schiedsgerichte nach den bisher geltenden Vorschriften getragen oder erstattet. Für das Gebiet der Kranken- und Unfallversicherung kann die oberste Verwaltungsbehörde bis zu dem Tage, an dem die Vorschriften des zweiten und dritten Buches der Reichsversicherungsordnung in Kraft treten, die Oberversicherungsämter zu „höheren Verwaltungsbehörden“ (§ 84 des Krankenversicherungs-Gesetzes) und zu „Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung“ an Stelle der bestehenden Schiedsgerichte bestimmen.

Durch die Presse geht eine Nachricht, die Regierung bereits eine Neuregelung der Invalidenversicherungspflicht der Hausgewerbetreibenden vor, nach der bereits eine Reihe wirtschaftlicher Sachverständiger über die einschlägigen Fragen gehört seien. Diese Nachricht entspricht, wie gemeldet wird, nicht den Tatsachen.

Der Bundesrat hat in seiner letzten Sitzung einer Kaiserlichen Verordnung über die Gebühren der Rechtsanwaltschaft im Verfahren vor den Versicherungsbehörden zugestimmt. Diese neue Gebührenordnung bedeutet durchweg eine Erhöhung der bisher geltenden Sätze nach der Verordnung vom 22. Dezember 1901. Künftig beträgt die Vergütung für die Berufstätigkeit eines Rechtsanwalts im Verfahren vor einem Versicherungsamt 3 bis 30 Mk., einem Oberversicherungsamte 3 bis 50 Mk. und dem Reichsversicherungsamte 5 bis 100 Mk. Wenn mehrere Streitfälle zu gemeinsamer Verhandlung und Entscheidung verbunden werden, so wird die Vergütung für die Instanz nur einmal gewährt. Daneben laufen die üblichen Entschädigungen für Reisen usw. Für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung tritt die neue Gebührenordnung am 1. Januar in Kraft, für die an-

deren Zweige der Reichsversicherung an den Tagen, von denen an für diese die Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über das Verfahren in Kraft gesetzt werden.

### Kleine politische Nachrichten.

Die „Berl. Pol. Nachr.“ schreiben: Daß der Gesetzentwurf, betreffend die organische Neuordnung der direkten Steuern, der bereits die Allerhöchste Sanktion erhalten hat, zugleich mit dem Etat dem Abgeordnetenhaus vorgelegt werden soll, bestätigt sich nicht. Er wird erst später mit einer Denkschrift vorgelegt werden, worin die Ergebnisse der sorgfältigen Prüfung der verschiedenen Vorschläge einer Überflusssteuer im Zusammenhange dargelegt werden sollen. — Der Bezirkspräsident von Lothringen hat ein Verein „Jeunesse Lorraine“ (Lothringische Jugend) aufgelöst, weil er nach dem Ergebnis der Hausdurchsuchungen bei den Brüdern Samaine nichts anders sei, als eine Fortsetzung des früher bereits aufgelösten Vereins „Lorraine Sportive“ (Lothringischer Sportverein). Die gerichtliche Verhandlung gegen die Brüder Samaine soll im Januar stattfinden. Außerdem schwebt gegen sie das Verfahren wegen des Totschlages an dem Staatskassisten, der letzthin auf der Straße in Metz erstochen wurde. — Das Hausarbeitsgesetz wird im „Reichsanzeiger“ vom 30. Dezember veröffentlicht. Das Gesetz tritt am 1. April 1912 in Kraft; ausgenommen sind die §§ 3 und 4, deren Inkrafttreten durch ministerielle Verordnung bestimmt wird. — Wie „Sun“ aus Washington meldet, hat das Staatsdepartement die erste förmliche Antwort auf das Ansuchen des deutschen Botschafters Grafen von Bernstorff nach freier Einfuhr für Holzstoff gegeben. Es wird darin versichert, daß der Angelegenheit die ernste Beachtung geschenkt worden sei und die Hoffnung auf ein befriedigendes Ergebnis ausgesprochen. — Zwei Landesverratsprozesse werden in allernächster Zeit vor dem Reichsgericht in Leipzig verhandelt werden. Zunächst handelt es sich um den ungarischen Leutnant der Reserve v. Cerno und seinen Helfershelfer, den russischen Marineleutnant der Reserve v. Winogradow. Beide haben sich militärische Geheimakten verschafft und an Rußland verkauft. Weiter wird verhandelt gegen den früheren Polizeikommissar Reich-Sträßburg, der beschuldigt wird, militärische Geheimakten an England verkauft zu haben. Alle drei befinden sich zurzeit im Hamburger Untersuchungsgefängnis.

### Türkei.

Die Demission des Kabinetts, über deren Ursachen und Wirkungen wir unsere Leser in einem besonderen Artikel bereits unterrichtet, ist inzwischen erfolgt, weil die Deputiertenkammer beschlußunfähig war, nachdem sich die Mitglieder der Opposition aus dem Saal entfernt hatten, um eine Debatte über den strittigen Artikel 35 der Verfassung zu verhindern.

### Spanien.

Die Kämpfe im Rifgebiet. Der Korrespondent des „Imparcial“, der eine Unterredung mit dem Oberbefehlshaber der Melillatruppen, General Abdave, hatte, meldet, daß die Marokkaner in der Nähe der Mündung des Reriffusses über fünfhundert Tote zurückließen. Außerdem wisse man durch einheimische Spione, daß die Mauren am letzten Mittwoch 625 Tote beerdigten. Dies ergibt einen Gesamtverlust von 1125 Toten. Es werden jeden Augenblick die Ergebnisse eines neuen Gefechts, daß im Gange ist, erwartet.

Der Militärkommandant von Alhucemas hat von Eingeborenen die Nachricht erhalten, daß 20000 Rifleute auf dem Weg sind, um die Harka an dem Ufer des Reriffusses zu verstärken. Die Regierung hat beschlossen, um die Erhebung der Eingeborenen zu unterdrücken, alle zum Kampf notwendigen Truppen nach Melilla zu entsenden.

### Perien.

Täbris ist im Besitz der Russen. Der Telegraphenverkehr mit Täbris ist wieder hergestellt. Die russische Abteilung, die am 27. d. M. aus Dschulfa abmarschiert war, ist in Täbris eingetroffen. Automobile haben auf der Straße nach Täbris dem Transport der Truppen und der Munition gute Dienste geleistet. Aus Odesa wird gemeldet, daß in den letzten Tagen drei Infanterie-Regimenter, ferner Kosaken und Gebirgsbatterien nach Perien abmarschiert sind. Die Zahl der russischen Streitkräfte in Täbris beträgt jetzt 9400 Mann und 40 Feldgeschütze.

Zum Befehlshaber der russischen Streitkräfte, die vor Täbris stehen, ist Generalmajor Nicolai Woropanow ernannt worden. In Täbris ist seit dem Eintreffen der russischen Truppen alles ruhig. Die russischen Beamten haben festgestellt, daß der Hauptleiter des Aufstandes gegen die Russen der Generalgouverneur von Täbris, Amanulla Mirza ist. Es ist eine Untersuchung im Gange, durch die aufgeklärt werden soll, in welcher Weise die ganze Organisation des Aufstandes vor sich gegangen ist.

Das Endschumen Seadeti Iranizyan (Bereinigung der Perier) in Konstantinopel hat, wie uns mitgeteilt wird, zwei wichtige Telegramme von dem Endschumen in Täbris und Amir Neschmet, dem Kommandanten der persischen Truppen in Täbris, erhalten, die in Übersetzung folgendermaßen lauten:

Am 19. Dezember unternahm die russischen Truppen einen Angriff auf die öffentlichen Gebäude. Die Kinder in den Schulen wurden mit Schritten mißhandelt, Unbeteiligte und schwächliche Personen wurden getötet, einige Läden ausgeplündert. Die Bevölkerung, die so lange eine außerordentliche Geduld bewiesen hatte, griff zu den Waffen und trieb die Russen aus den öffentlichen Gebäuden. Am 20. Dezember beschossen die Russen von Baghi-Schimal aus, wo sie ihre Streitkräfte konzentriert haben, die Stadt. Am 21. trat Ruhe ein, und es hieß, es würden Verhandlungen angeknüpft werden. Die Bewohner von Täbris legten daraufhin die Waffen nieder. Die Russen aber nahmen das Feuer wieder auf, und besonders in der Nähe des russischen Konsulats und bei Baghi-Schimal wurde von russischer Seite auf Frauen und andere Unbeteiligte geschossen. Viele Mitglieder angesehenen Familien wurden dort ver-

wundet und gefangen genommen. Der Schrecken der Bevölkerung war außerordentlich groß. Eine Anzahl von Kindern und Frauen wurde getötet und verschiedene Häuser niedergebrannt.

Das zweite Telegramm schildert den Hergang folgendermaßen: „Am 19. Dezember, in der Nacht zum 20. unternahm die Russen plötzlich einen Angriff auf das Polizeigebäude und besetzten es. Zwei Polizisten wurden getötet und die Amtsräume erbrochen. Gegen Morgen besetzten sie das Gerichtsgebäude und das Gebäude der Endschumen. An allen Ecken der Stadt und des Basars wurden die friedlichen Bürger ausgeplündert und mit Schritten mißhandelt. Ich konnte die Grausamkeiten nicht ruhig mit ansehen und habe, um das Recht Persiens zu wahren, die Russen aus den öffentlichen Gebäuden wieder vertrieben. Auf Befehl der Zentralregierung habe ich die Bevölkerung zur Ruhe aufgefordert. Am 21. und 22. haben dann die Russen begonnen, die Stadt zu beschießen. Sie haben eine Anzahl Frauen und Kinder getötet, viele Häuser niedergebrannt, unter anderen die Grundstücke von Hadshi Hefen Chata und Hadshi Razim Seraf. Zwölf Familienmitglieder der ersten, Frauen und Kinder, sind verwundet worden und befinden sich augenblicklich als Gefangene in Händen der Russen. Das Volk ist bereit, sich zu opfern. Es greift nicht an, sondern verteidigt sich nur. Die Grausamkeit und Barbarei der Russen sind beispiellos.“

### Lübeck im Jahre 1911.

Das verfloßene Jahr hat der werktätigen Bevölkerung Lübecks nichts gebracht, was Anlaß zu angenehmen Erinnerungen geben könnte. Die volksfeindliche Steuerpolitik des Reiches machte sich auch hierorts wie überall durch eine erhebliche Preissteigerung aller wichtigsten Lebensbedürfnisse in schlimmer Weise bemerkbar. Dazu kam noch, daß die Lübecker Bürgerschaft, und zwar unter eifrigster Mitwirkung sogenannter Liberaler, das hiesige Gewerbe mit einer Sondersteuer belegte, die von vielen als drückend empfunden wird und die ihrem ganzen Charakter nach als ungerecht bezeichnet werden muß.

Im Anbetracht der teuren Zeiten sah sich der Senat auf Drängen der Beteiligten veranlaßt, eine Erhöhung der Beamtenehälter bei der Bürgerschaft zu beantragen. Man verfuhr dabei nach dem Grundsatz, dem Großen, die schon bisher recht reichlich besoldet waren, mit Scheffeln, den Kleinen hingegen mit Teelöffeln zuzumessen. Am schlechtesten kamen jedoch die städtischen und staatlichen Arbeiter weg, denen man zwar auf wiederholtes Verlangen der sozialdemokratischen Bürgerfraktion Zulagen von einigen Pfennigen gewährte — leider bei weitem nicht allen —, die aber immer zum weitaus größten Teil nicht so entlohnt werden, wie es unter den heutigen Verhältnissen notwendig wäre. Darüber täuschen auch noch so schön frisierte Aufstellungen nicht hinweg.

Die Teuerung, die noch durch die weite Verbreitung der Maul- und Klauenseuche im lübschen Freistaat und seiner nächsten Umgegend verschlimmert wurde, erheischt dringend die Vornahme zweckmäßiger Gegenmaßnahmen. Von der Sozialdemokratie wurden solche vorgeschlagen und in der Bürgerschaft beantragt. Nun zeigte sich aber die ganze Volksfeindlichkeit der erstklassigen Bürgerfraktionsmitglieder. Nachdem sich der liberale Reichstagskandidat Klein gegen den sozialdemokratischen Antrag ausgesprochen hatte, wurde derselbe mit großer Mehrheit abgelehnt. Klein hatte bestritten, daß eine Teuerung in dem Maße, wie sie von sozialdemokratischer Seite festgestellt worden war, bestände; als es sich um die Erhöhung der Beamtenehälter handelte, wurde von liberaler Seite behauptet, die Beamten ständen infolge der Teuerung vor dem Ruin!

Das Bestreben, einen Ausgleich zwischen den Löhnen und den verteuerten Lebensbedingungen herbeizuführen, konnte nicht immer ohne Kampf in die Tat umgesetzt werden. Wenn es auch den Buchdruckern und einigen anderen Berufen gelang, im Wege des Tarifvertrags eine Erhöhung ihrer Löhne den Unternehmern abzurufen, so mußten doch beispielsweise die Tapezierer einen langen Kampf zur Durchsetzung ihrer Forderungen führen. Aus anderen Ursachen kam es auch in verschiedenen Betrieben zu Arbeitseinstellungen und Auspersungen. Die Auspersung der Lithographen und Steindruckers dauerte bald ein Vierteljahr und noch ist ihr Ende abzusehen. Wer noch in dem Wahn lebte, es sei eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit möglich, der muß durch solche Tatsachen eines Besseren belehrt werden.

Da gerade gegenwärtig die Schwarzarbeiter wieder nach einem erhöhten Schutz für die Arbeitswilligen schreien, so sei daran erinnert, daß im verfloßenen Jahre hier in Lübeck eine Horde solcher Arbeitswilligen, die auf friedliche Einwohner geschossen hatten, wegen Landfriedensbruch zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt werden mußte.

Auf dem Gebiete der Kommunalpolitik ist im Jahre 1910 hier in Lübeck nichts Erfreuliches zu verzeichnen. Die sozialdemokratischen Anträge auf Einführung der Schulpflicht, Unentgeltlichkeit der Lernmittel wurden ebenso abgelehnt, wie die Schaffung eines gerechten Wahlrechts zur Bürgerschaft. Dafür führte man größere Schulsysteme ein, verschlechterte die Klassenfrequenz der Volksschulen, hob die Freibad-Anstalten für die Frauen auf und dehnte die Entretung der zweitklassigen Bürger auch auf deren Vertretung im Bürgerausschuß aus. Welchem freitlich gemintem Mann wird bei einer solchen Kommunalpolitik der Bürgerschaftsmehrheit nicht die Röte des Hornes und der Scham die Wangen färben?

Die sozialdemokratische Partei ist es einzig und allein gewesen, welche mit aller Entschiedenheit die Interessen der breiten Schichten unserer Bevölkerung vertreten hat, die in harter Arbeit ihr Brot verdienen müssen. Eine starke Vermehrung der Mitgliederzahl der Parteiorganisation zeugt davon, daß das auch bei der werktätigen Bevölkerung immer mehr gewürdigt wird. Ebenso haben die freier-



Gewerkschaften einen erheblichen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. Die Bürgerchaftswahlen, die im November stattfanden, brachten uns ebenfalls eine schöne Vermehrung unserer Stimmen und zeigten wieder, daß die übergröÙe Mehrheit aller lübschen Bürger auf sozialdemokratischem Boden steht.

Der „Lübecker Volksbote“, das Organ der Arbeiterschaft, hat wie bisher so auch im verfloßenen Jahre seine Aufgabe nach Kräften erfüllt. In Auseinandersetzungen der Gegner hat es ihm nicht gefehlt und gegenwärtig schweben noch mehrere gerichtliche Verfahren gegen einen seiner Redakteure. Das wird ihn jedoch nicht hindern, unentwegt und unerschrocken den Kampf gegen alle Feinde der Arbeiterschaft, wie sie sich auch nennen mögen, zu führen. Ein Kampf bringt eben Wunden, die zur Ehre dessen dienen, der sie empfängt.

Der Jahreseschluß fiel inmitten der heftigsten Reichstagswahlbewegung. Die Gegner machen die verzweifeltsten Anstrengungen, um die Sozialdemokratie, die das Lübecker Mandat seit 1898 ununterbrochen im Besitz hat, aus dem Sattel zu heben. Jedes Mittel ist ihnen recht, wenn es nur diesem Zwecke dient. In der Einsicht und dem festen Willen der Arbeiterschaft werden aber alle Anstrengungen der Gegner scheitern. Und so wird, dessen sind wir gewiß, der zwölfte Januar ein Tag der Ehre und des Erfolges für die Sozialdemokratie werden. Jeder freiheitsliebende Mann muß mithelfen und wirken, daß die rote Fahne wie bisher so auch in Zukunft stolz von Lübecks ragenden Türmen flattert!

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 2. Januar.

Die Telefonnummer des sozialdemokratischen Wahlbureaus, sowie des Parteisekretariats ist vom 3. Januar ab 2443.

Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet morgen, Mittwoch abend, im Gewerkschaftshaus statt. Wir weisen nochmals darauf hin, daß in derselben eine wichtige Tagesordnung zu erledigen ist.

**Achtung, Gewerkschaftskassierer!** Der Kassierer des Gewerkschaftskartells und des Arbeitersekretariats wird am Dienstag, dem 2., am Mittwoch, dem 3., und am Donnerstag, dem 4. Januar, abends von 8 Uhr an, zur Entgegennahme der Beiträge im Gewerkschaftshaus anwesend sein.

Der Streik in der Darmschneidung von Schreiber Katharinenstraße 47, dauert unverändert fort. Wir bitten jeden Bezug von Schlachtern und Hilfsarbeitern streng fernzuhalten.

## Gegen die „Versicherungsprämien“.

Herr Julius Klein ist bekanntlich, getreu seiner hundertjährigen Vergangenheit, bereit, für Heeres- und Marinezwecke alles zu bewilligen, was Regierungsmacht für nötig hält. Da ist er der „Sproß einer alten Soldatenfamilie“, dem der Respekt vor allem, was den bunten Rock trägt und einen Titel führt, der über dem Sekretär steht, in Fleisch und Blut übergegangen ist. Da gibt er Kritik los, wie sein Freund August Hape einst den Nationalsozialen treffend vorwarf, mit beiden Händen. Und wundert sich womöglich hinterher, beim „Quellen“suchen, wenn die Regierung dorthin kommt, wo sie bisher immer genommen. Gegen diese blinde Militärfrömmigkeit steht wohlthuend eine Neufahrtsbetrachtung des alten Träger ab, der doch sicherlich mindestens so gut, wie Julius Klein, den Kummel kennt, vor ihm aber den Vorzug genießt, sich durch „nationale“ Phrasen nicht benebeln zu lassen. Der Achtzigjährige findet gegen Kriegsheter und Prozentpatrioten — ein Begriff, dessen Erwähnung unsern Klein stets in größte Empörung versetzt — kräftige, ehrliche Worte, die wir unsern Lesern nicht vorenthalten wollen. Träger schreibt in dem Aufsatz, der eindringlich in den Schlußsatz ausklingt: „Front gegen rechts!“ u. a. folgendes:

„Eine tiefe Friedenenssucht geht durch die ganze Welt, die Völker wollen ihres betrieblichen Friedens Früchte in Ruhe ernten und genießen, auch den drängenden Forderungen der immer weiter sich ausbreitenden Kultur und damit sich selbst genügen, vor allem das deutsche Volk. Und doch wird des Spektakels kein Ende, kommt das Schüren und Hezen nicht zum Stillstand, Empfindlichkeiten und Reizungen hören nicht auf, — und mit der solchen Etikette „Weltpolitik“ wird eine skrupellose Straßenträuberpolitik hohnlachend befeht. Dieses ganze, überaus wichtige Feld wird von wenigen, besonders damit beauftragten und meist mehr erlauchten als erleuchteten Herren beaufsichtigt und bearbeitet, deren Unvorsichtigkeit oder Ungeschicklichkeit hier und da schon die ganze Welt in Feuergefahr gebracht hat. Für alle Fälle hat der deutsche Reichskanzler im letzten schicksalsschweren Augenblick einen brillanten Preisbörger engagiert, der in drohender Fehertstellung alle feindlichen Gelüste zurückschrecken soll. Eine bedenkliche Sache, das Bögen. Jetzt, da bei solchen Bewickelungen das Volkshertz meist ganz unbeteiligt, werden die Stöße gegen den Volksmagen geführt, wo sie am empfindlichsten verspürt werden. Deshalb ist unüberwindlicher Magenbeschwerden dringend geboten. Undurchdringliche Mastenwälder werden aufgepflanzt, Mordgeschüsse werden zu Bergen aufgetürmt, selbst die Lüfte bewaffnet. Rüstungen, immerzu rüstungen halt es in allen Ecken und Enden wieder, und die allein dabei verdienen, schreien am lautesten. Dem so herrlich beschützten Volksmagen aber wird dabei einigermaßen übel, wo bleibt seine Nahrung, wenn der Schuß alles verschlingt? Mag er zur Not hungern, auch darüber hat das Volk nicht zu entscheiden oder nur mitzusprechen. Kriegserklärung und Friedensschluß sind seiner Machtsphäre vollständig entzogen, auch im bedenklichsten Augenblick wird es im Dunkeln gelassen, es erfährt, wenn die Gefahr vorüber, noch zeitig genug, was ihm zu wissen fremd, und darf seinen gemischten Gefühlen mit der beruhigenden Gewißheit sich überlassen, daß es regiert wird.“

Herr Klein wird sich indigniert abwenden, von dem alten Fortschrittswort, der noch so wenig weltpolitisch „verseucht“ ist!

## Demokratie und Liberalismus.

Der Liberalismus ist weicher, verhandlungsfähiger, kurz: liebenswürdiger als die alte Demokratie, die den entscheidenden Wert auf den Charakter legte, während er mehr Gefühlssache ist und unter Umständen sogar sentimentale Anwendungen hat; ein verhängnisvoller Fehler für Politiker, die noch nicht am Ziele sind.“

Als Albert Träger dieses Bild entwarf, hat ihm ungewißhaft sein Parteigenosse Julius Klein vorgeschwebt.

**Eine weitere Durchfallskandidatur.** Herr Franz Behrens hat auch für Frankfurt a. M. sich von den „Rechtlichen“ aufstellen lassen zum großen Ärger der „entschiedenen“ Liberalen, die gern gleich Klein die Stimmen aller Parteien auf ihren Defer „gesammelt“ hätten.

**Gründe, keinen Liberalen zu wählen.** 11. Grund. Die Liberalen haben für die Erhöhung der preussischen Zivilliste gestimmt. Im Mai 1910 überraschte die preussische Regierung die Öffentlichkeit mit einer Vorlage, die die Erhöhung der Zivilliste des Königs von Preußen forderte. Statt 15 719 296 Mk. sollte Wilhelm II. jährlich 19 219 296 Mk. aus Staatsmitteln zu seinem Privatgebrauch zugewiesen erhalten. Nachdem man dem Volk 400 Millionen indirekter Steuern abgenommen hatte, sollte dem Monarchen sein Einkommen um 3 1/2 Millionen erhöht werden — mit Rücksicht auf die allgemein gestiegenen Preise der Lebenshaltung! Und das preussische Abgeordnetenhaus, das noch im Jahre zuvor den elendest bezahlten preussischen Staatsarbeitern in Lippe eine Lohn-erhöhung von 30 Pfg. pro Tag aus Sparsamkeitsgründen abgelehnt hatte, stimmte am 10. Juni 1910, mit Ausnahme der Sozialdemokraten, geschlossen für die ungeheuerliche Vorlage, von der selbst die freikonservative „Post“ geschrieben hatte:

„Daß die Forderung einer beträchtlichen Erhöhung der Zivilliste im gegenwärtigen Augenblick vom politischen Standpunkt aus nichts weniger als erwünscht erscheint, unterliegt keinem Zweifel. Die agitatorische Ausnutzung der Bewilligung... werden sich die Sozialdemokraten nach Möglichkeit angelegen sein lassen. Das ist im Hinblick auf die bevorstehenden Reichstagswahlen zweifellos schädlich, und es wäre daher, und zwar im Interesse der Krone selbst, sicher viel besser, wenn zurzeit von einer Erhöhung der Zivilliste Abstand genommen werden könnte.“

Trotzdem stimmten die Liberalen, Nationalliberalen und Freisinnige, geschlossen für die Vorlage. Und sie taten das, obwohl sie damals schon aus dem Block geworfen waren und gar nicht mehr die Erlaubnis hatten, Regierungspartei zu spielen. Sie taten es, trotz der Empörung im Lande, trotz der bittersten Kritik vieler ihrer eigenen Parteigenossen aus Furcht vor der Opposition, aus häßlicher Liebedienerei — sie handelten wie Lakaien, nicht wie Volkvertreter!

**Arbeiterruhe am Wahltage** beschlossen die hiesigen Kohlenarbeiter.

Der Jahreswechsel vollzog sich auch diesmal wieder in der hier üblichen Weise. In den Abend- und Nachtstunden waren die Hauptstraßen der Stadt und viele Lokale dicht gefüllt. Die Bekannten, nicht immer sehr geistreichen Scherze mancher Passanten konnte man gleichfalls verschiedentlich wieder belachen und bedauern. Die Silvesterfeier des Sozialdemokratischen Vereins war überaus stark besucht und nahm einen guten Verlauf. Das Gewerkschaftshaus vermochte die Zahl der Erschienenen kaum zu fassen. Im Neuen Stadttheater unterhielt ein „Bunter Abend“ das Publikum aufs beste.

**Zahlt Steuern!** Das Polizeiamt macht bekannt: Die Besteuerung der Hunde für das Jahr 1912 hat zu erfolgen: a. bei der Kasse des Polizeiamts — Mengstraße 4, 1. Etage — innerhalb der Zeit vom 2. bis 15. Januar 1912 an den Werktagen vormittags von 9 bis 1 Uhr, nachmittags von 3 bis 5 Uhr, b. bei den Polizeiwachen der Vorstädte innerhalb der Zeit vom 2. bis einschließlich 12. Januar 1912, nachmittags von 2 bis 5 Uhr gegen Empfangnahme einer Quittung und eines Steuerzeichens. Zeichen für geführte steuerfreie Hunde werden bei der Kasse des Polizeiamts während der oben genannten Geschäftsstunden gegen Zahlung von 30 Pfennig ausgegeben. Zahlung der Gewerbesteuer für den Betrieb der Gast- oder Schankwirtschaft, sowie des Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus. Die erste Rate der nach dem Gesetz vom 3. Oktober 1906 für die oben genannten Gewerbebetriebe zu entrichtenden Gewerbesteuer für das Jahr 1912 wird innerhalb der Zeit vom 2. bis 15. Januar 1912 an den Werktagen vormittags von 9 bis 1 Uhr und nachmittags von 3 bis 5 Uhr im Kassenzimmer des Polizeiamts — Mengstraße 4 I — gegen Erteilung einer Quittung entgegengenommen. Wer den Gewerbebetrieb im Laufe des Jahres 1911 aufgegeben hat, ist verpflichtet, dies bis zum 8. Januar 1912 dem Polizeiamt bei Vermeidung einer Ordnungsstrafe von 10 Mark anzuzeigen.

**Die diesjährigen Schifferkontrollversammlungen,** zu welchen nur Leute vom Kontrollplatz Lübeck zu erscheinen haben, findet statt in Lübeck, Restaurant Vockenhof (Burgfeld): A. am Mittwoch, dem 3. Januar 1912, 9 Uhr vormittags, 1. für sämtliche Mannschaften der Marine Reserve und Gewehr I. Aufgebots, 2. für die zur Disposition der Ersatzbehörden entlassenen und die zur Disposition der Marineteile beurlaubten Mannschaften der Marine, 3. für diejenigen schiffahrttreibenden gebienten Mannschaften der Landarmee der Reserve und Landwehr I. Aufgebots, welche bei den allgemeinen Frühjahrs- und Herbstkontrollversammlungen nicht zugegen gewesen sind. B. am Mittwoch, dem 3. Januar 1912, 11 Uhr vormittags, 1. für sämtliche Marine- und Ersatzreservisten, 2. für die schiffahrttreibenden Ersatzreservisten der übrigen Waffen, welche bei den allgemeinen Frühjahrskontrollversammlungen nicht zugegen gewesen sind. Sämtliche Militärpapiere sind mitzubringen. Unentschuldigtes Fehlen wird mit Arrest bestraft. Befreiung von den Kontrollversammlungen wird nur in besonders dringenden Fällen erteilt. Den Befreiungsgesuchen sind die Militärpässe beizufügen.

**Straßenbahnunfall.** Auf der Krempeisdorfer Linie entstand Sonnabend abend beim Motorwagen Nr. 44 ein Kurzschluß, der auf den nassen Schneefall zurückzuführen ist. Der Versuch des Wagenführers, den Wagen durch Abziehen der Kontaktrolle von der Oberleitung außer Strom zu setzen, ist ihm zwar gelungen, jedoch stolperte er über ein Hindernis, welches sich ihm in den Weg stellte, als er den Vorderperren wieder besteigen wollte, wodurch er neben dem Wagen hinfiel. Da sich der Wagen im Gefälle befand, fuhr dieser stromlos ohne Führer weiter. Sonderbarerweise sprang dabei die Kontaktrolle wieder unter die Leitung. Der Wagen, in dem sich nun wieder Strom befand, fuhr an dem Endpunkt in Krempeisdorf über das Geleise hinaus und kam dann auf der Chaussee nach Stöckelsdorf von selbst zum Stehen. Zu Schaden sind weder Fahrgäste noch Angestellte gekommen.

**Ergebnislose Menschenjagd in Lanen.** Vor ca. vier Wochen entpurrang aus dem Neumünster Gefängnis ein Strafgefangener, der sich in letzter Zeit in der Gegend von Lanen i. M. aufhielt. Am Tage nach Weihnachten gelang es den Sträfling zu fassen und wurde er im Gefängnis zu Schönberg interniert. Doch scheint der Mann auch mit dieser Staatspension wenig zufrieden gewesen zu sein, denn am Sonnabend nahm er auch hier ohne vorherige Abmeldung Abschied und schlug in Gefängniskleidung und barfuß

sich selbstwärts in die Wüste. Es zog ihn wiederum Lanen, da er dort Verwandte hat, bei denen er Unterkunft suchte. Gegen 12 Uhr nachts alarmierte der Gendarm des Ortes eine ganze Reihe erwachsener männlicher Mitglieder der Gemeinde und zog mit diesen vor das Haus, in welchem sich der Verbrecher angeblich aufhalten sollte. Dies wurde nun von oben bis unten durchsucht, doch vergeblich; der Vogel war schon wieder ausgeflogen! Um 3 Uhr morgens zog man betrübt nach Hause und ist es auch bis heute noch nicht gelungen, den Verbrecher zu fassen.

**Die Wahlbewegung auf dem lübschen Landgebiet.** Eine Volksversammlung fand am Sonnabend im Kaffeehaus Wiese in Friesdorf statt. Genosse Bromme kritisierte äußerst scharf die Tätigkeit der bürgerlichen Parteien im Reichstage und zerpflückte die Verdröhnungen und Beschimpfungen, die sich die Gegner im Wahlkampf gegenüber der Sozialdemokratie leisteten. Vor allem aber wies der Redner nach, daß das Betrüben der Nationen direkt Wahnsinn bedeutet. Ein antikemistischer junger Mann wagte einige schüchterne Zwischenrufe. In der Diskussion sprachen die Genossen Kaufmann und Böcker im Sinne des Redneren. Nach Schluß der Versammlung wurde noch lange debattiert, auch der antikemistische angehauchte Herr zog die Segel ein und gab unsern Genossen in den meisten Fragen recht.

Eine gut besuchte Volksversammlung fand am Sonntag nachmittag in Klein-Schrestaken im Lokale des Herrn Kaltwasser statt. Genosse Mehrlein referierte über die bevorstehenden Reichstagswahlen. Seine etwa 1/2stündigen Ausführungen fanden großen Beifall. Es waren fast nur Landarbeiter erschienen, die Bauern der in Frage kommenden Dörfer hatten größtenteils gegen die Versammlung agitiert, doch waren ihre Bemühungen umsonst geblieben. Ein erfreuliches Zeichen der Entwicklung unserer Landarbeiter. Zwar trauten sich unsere Besucher nicht in der Diskussion heraus, bestomehr aber suchten sie nach Schluß der schon verlaufenen Versammlung Anschluß an uns und wird somit auch hier die ausgefretete Saat guten Boden finden.

**pb. Brandunglück.** Am 1. d. M. gegen 10 Uhr abends entfiel im Hause kleiner Schranken Nr. 8 durch Umfallen einer brennenden Petroleumlampe ein kleines Schadenfeuer, wobei auch die Kleider eines jungen Mädchens Feuer fingen. Das Mädchen erlitt derartige Brandwunden, daß es ins Krankenhaus geschafft werden mußte. Die Feuerwehr war zur Hilfeleistung herbeigeeilt.

**pb. Ein gefährlicher Schwindler.** Am 31. vor. Mts. abends zwischen 8 und 9 Uhr schwindelte ein unbekannter Betrüger, der sich als der Prokurist einer hiesigen Firma ausgab, einem Dienstmädchen 134 Mk. ab. Unter dem Vorwande, dem Mädchen eine Stellung als Näherin verschaffen zu wollen, wußte er sich in den Besitz des Geldes zu setzen, und verschwand. Der Schwindler ist etwa 22 Jahre alt, 1,66—1,70 Meter groß und schwächling, hat blondes Haar, blonden Schnurrbart, längliches Gesicht, gesunde Gesichtsfarbe, und war bekleidet mit steifem schwarzen Hut, und dunkelbraunfarbtem Jacketanzug.

**pb. Geborgenes Boot.** Am 30. vor. Mts. ist im Stadtegraben bei der Gasanstalt ein braungefärbenes Ruderboot mit 3 Sitzplätzen geborgen und an der Brücke der Gasanstalt festgelegt worden. In dem etwa 5 m langen und 1,40 m breiten Boot befindet sich eine eiserne Schaufel mit Holzstiel.

**Sanja-Theater.** Ein neues Jahr, ein neues Programm und kein schlechtes, im Gegenteil; es ist dem Direktor Goldbach wiederum gelungen, eine ganz vortreffliche Künstlergarde zusammenzubringen. Da ist zunächst Carlo Briand mit seinen Hand- und Kopfstandarbeiten, dann Louis Waldon mit ihren modernen Couplets und der ausgezeichnete Humorist Ludwig Glaser mit den neuesten Schlagern und seinem, wie er sagt, wunderbar echten Paar, d. h. eigentlich hat er garkeins, denn sein Schädel glänzt wie eine polierte Billardkugel! Alle drei Genannten ernteten reichen Beifall für ihre Darbietungen. Genia Sylvia in ihren künstlerischen Tanzbildern bot dem Publikum der Göttin Terpsichore frohe Kunst mit Eleganz und farbenprächtigen Lichteffekten. Den Schluß des 1. Teils bildet das Franz-Ebert-Trio, eine Liliputanergesellschaft, dessen kleinste Mitglied die Leiden und Freuden eines Rekruten mimt. Die von diesem Trio aufgeführte Militär-Beurleske „Hänschen und Fränzchen“ wurde außerordentlich beifällig aufgenommen. Den zweiten Teil des Abends füllt das Berliner Apollo-Ensemble unter der Leitung des Direktors Malburg aus. „Der Kolonialjunge“, eine Posse mit Gesang und Tanz, löste wahre Lachstürme beim Auditorium aus. Es ist eine ziemlich „dunkle“ Geschichte, in der drei Nigger, von denen der eine ein nachgemachter ist, mit ihren drei Bräutern die Hauptrolle spielen und die in einer Kaltwasserpeilanstalt endet. Die tollen Verwicklungen unserer diesen drei Paaren können allerdings auch gesunde Leute in eine solche Anstalt bringen. Gespielt wurde außerordentlich flott und fand besonders der von Herrn Malburg und Fräulein Oskar getanzte „Cafe Ball“ lebhaften Anklang. Wer ein Paar vergnügliche Stunden erleben will, dem können wir nur raten, sich die wackere Künstlergarde anzusehen.

**Neues Stadttheater.** Man schreibt uns: Dienstag gelangt die Oper „Der Rosenkavalier“ von Richard Strauß zur nochmaligen Aufführung. Am Freitag wird Herr Gustav Kallenberger vom Deutschen Schauspielhaus in Hamburg ein einmaliges Gastspiel als Sokras in MacLieres Lustspiel „Amphitruon“ bei gewöhnlichen Schauspielpreisen absolvieren. In Vorbereitung befindet sich die Pantomime „Der verlorene Sohn“ (L'enfant prodigue) von Andre Wormsen, ferner Mozarts reizende Oper „Bastien und Bastienne“ und C. M. von Webers „Freischütz“ als nachträgliche Feier der 125. Wiederkehr des Geburtstages des Meisters. Infolge der starken Nachfrage für das Weihnachtsmärchen „Prinzessin Perzlieb“ sichtsich die Direktion veranlaßt, dasselbe morgen Mittwoch nachmittag 3 Uhr bei ermäßigten Preisen zur nochmaligen Aufführung zu bringen.

**Enlli. Wählerversammlung.** Eine am Sonnabend bei Schröder stattgefundene Volksversammlung, in der Genosse Landtagsabgeordneter Schulz-Fritzingen sprach, war trotz der am selbigen Abend im Schloß-Hotel stattgefundenen nationalliberalen Versammlung stark besucht, ja fast überfüllt. Redner verstand es, in fast zweistündigen Ausführungen dem verfloßenen Reichstage die Sünden, welche er am deutschen Volke begangen hat, vorzuhalten. In scharfen, fesselnden und feurigen Worten geißelte Genosse Schulz das Verhalten der ganzen bürgerlichen Parteien und forderte zum Schluß auf, am 12. Januar Mann für Mann dem bewährten Volksmann Gen. J. Stelling-Lübeck die Stimme zu geben. (Lebhafter Beifall.) Gegner melbeten sich trotz Aufforderung nicht zum Wort.

**Kiel.** Drei Personen ertrunken. Drei junge Leute aus Laboe, darunter zwei Brüder, die Sonntag in einem Segelboot eine Fahrt nach der Strander Bucht unternahmen, verunglückten infolge Kenterns des Bootes. Alle drei sind ertrunken. Die Leichen sind noch nicht gefunden.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwig.  
Verleger: L. H. Schwarg. Druck: Friedr. Meyer & Co.  
Sämtlich in Lübeck.



### Sozialdemokratisch. Verein

Am Sonnabend verstarb unser langjähriges Mitglied, der Genosse

### August Gärtner.

Waffenhoffstraße 85.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Dienstag nachmittag 3 1/2 Uhr von der Kapelle des Vorwerker Friedhofes aus statt.

Der Vorstand.

Deutscher

### Transportarbeiterverband

Ortsverwaltung Lübeck.

### Nachruf! Verspätet.

Am Sonnabend, d. 30. Dezemb. starb unser langjähriger Kollege, der Lastarbeiter

### August Gärtner.

Ehre seinem Andenken!

### Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.

Sitzstelle Lübeck.

### Nachruf.

Von Sonnabend starb unser Mitglied, der Kollege

### Heinr. Lau.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, d. 4. Januar, morgens 10 Uhr, von der Burgtor-Kapelle aus statt.

Versammlung der Mitglieder zur Teilnahme an derselben, morgens 9 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.  
Die Ortsverwaltung.

Für die vielen Glückwünsche und Aufmerksamkeiten zu unserer silbernen Hochzeit sagen herzlichen Dank.

H. Turlach und Frau.  
Dornestraße 41.

### Ed. Teuteberg

Federhandlung, Sohlenauschnitt.  
Unterstraße 70.

### H. Plath, Schuhmacher

Berechstr. 23 (Ecke Morferstr.) empfiehlt sich zu allen in seinem Fache vorkommenden Arbeiten.  
NB. Gummischuhe werden in kürzester Zeit gut u. haltbar repariert und lackiert.

### Weine, Spirituosen u. Liköre

in jeder Preislage empfiehlt

### J. H. Stooß, Engelsgrube.

Abreisenden aufbewahrt u. nachgefordert werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer etc. im Lagerhaus und Expeditionsgeschäft Fischergr. 52.

### Hasenfelle,

Kazin, Fuchs, Iltis, Marder etc.  
**Pferdehaare,**  
Mähnen, Kuhschweifhaare  
kauft zu höchsten Preisen

### J. L. Würzburg, Wahnstr. 22a.

Hasenfelle, Kanin, Iltis, Otter, Marder, Fuchs etc. sowie Pferdehaare

kauft zu höchsten Tagespreisen

D. Wagner, Solstestraße 8.

Meiner werten Kundschaft, sowie allen Freunden und Bekannten ein tröstliches

Prosit Neujahr!

Emil Feig, Schneidermeister.

Wünsche meiner werten Kundschaft ein

fröhliches Neujahr!

A. Ricken, Zigarrenfabrikant.

### Krummesser u. Buntekuh-

### Doppel- u. Tafelkümmel

sowie sämtliche Spirituosen im Kleinverkauf

und

### Kolonialwaren

hält bestens empfohlen

### Sophie Carstens, Dornestraße 24.

NB. Mein Geschäft ist von morgens 5 Uhr an geöffnet.

Gebe rote Rabattmarken.

Bom

### Neuen-Welt-Kalender

für 1912 sind noch einige Exemplare vorrätig.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.,

Johannisstraße 46.

# Konsumverein für Lübeck u. Umgegend

e. G. m. b. H.

Mit dem neuen Jahre

verlegen wir unsere

## Warenabgabestelle 1

von der Fleischhauerstraße nach der

### Königstraße 113, Ecke Aegidienstraße.

Die Verlegung dieser, unserer ältesten Abgabestelle war notwendig, da die bisherigen, wohl manchem Mitgliede lieb gewordenen Räume den Ansprüchen zur glatten Erledigung des steigenden Umsatzes nicht mehr genügten.

Im neuen Heim bieten wir unseren Mitgliedern eine geräumige, freundliche Warenabgabestelle und dürfen wohl hoffen, daß unsere Mitglieder bestrebt sein werden, durch Gewinnung neuer Mitglieder für ständige Vergrößerung des Umsatzes tätig zu sein.

Der Vorstand.



Allen werten Kunden und Bekannten zum Jahreswechsel die herzlichsten Glückwünsche  
**Adolf Hübner**  
Uhrmacher.  
Kühnhäufen 13.

Wünsche meinen werten Kunden und Bekannten ein

### fröhliches Neujahr!

Sophie Carstens, Dornestr. 24.

Allen Kunden, Freunden und Bekannten ein fröhliches

Prosit Neujahr!

C. Person, Sedanstraße 1a.

Meiner werten Kundschaft ein

### fröhliches Neujahr!

Carl Hudoffsky, Marktstraße 44.

Wünscht allen seinen werten Gästen, Freunden und Gönnern.

J. Ritter, Restaurant „Zur Glocke“  
Glockengießerstraße 85.

Wünsche unserer werten Kundschaft ein fröhliches Neujahr!

Mary und Hans Geist  
Friseur.

Deutscher

### Metallarbeiter - Verband.

Verwaltungsstelle Lübeck.

### Versammlung

### der Metallarbeiterinnen

am Mittwoch, 3. d. M.

abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstr. 50-52.

Die Vertrauensperson.

### Achtung Maler!

### Mitglieder-Versammlung

Mittwoch, 3. Januar

abends 8 1/2 Uhr

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Der Vorstand.



## Endlich gefunden

das Heizmaterial, welches billiger und besser ist als Holz und Steinkohle,

## Union-Brikets!

Erhältlich in den Kohlenhandlungen!

### Ein Sieg der deutschen Industrie.



Nur echt mit Firma: „Yenidze“, Dresden.  
Deutschlands größte Fabrik für Handarbeit-Cigaretten.

### Beerdigungsinstitut Gebr. Müter

Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.

Übernahme ganzer Beerdigungen.

Größtes Lager in Särgen, Grabstücken, Metall-, Perl- u. Blattkränzen.

Einkleidungen jeder Art. \* Billigste Preise.

### Vorträge der Oberschulbehörde zu Lübeck.

Dr. Meumann, Professor der Philosophie am Kolonialinstitut in Hamburg.

Die wissenschaftlichen Grundlagen der Lehre von der Begabung des Zöglings.

4 Vorträge: Dienstag, den 9. Januar, Mittwoch, den 10. Januar, Dienstag, den 16. Januar, und Mittwoch, den 17. Januar 1912.

Die Vorträge finden in der Aula des „Johanneums“, Bei St. Johannis 8, statt und beginnen um 8 1/2 Uhr.

Eintrittskarten sind zu haben im Bureau der Oberschulbehörde; Glockengießerstraße 4, l., bei F. W. Kaihel, Breite Straße 40, Rich. Quitzow, Breite Straße 97, Lübeck & Nöhning, Breite Straße 31, Robert Lübeck, Königstraße 41, sowie im Bureau der Ortskrankenkasse und in der öffentlichen Lesehalle, Mengstraße 28.

Preis für jede Vortragsreihe Mt. 1.-

Allen meinen werten Kunden ein

### Prosit Neujahr!

C. Hudoffsky, Joh. A. Rothländer, Blücherstraße 20.

### Achtung!

Deutscher

### Bauarbeiter-Verbd.

Die Mitgliederversammlung am Mittwoch, dem 3. Januar, findet nicht statt.

Die Zweigvereinsleitung.

### Verband deutscher Gastwirtsgehilfen.

Ortsverwaltung Lübeck.

### Versammlung am Mittwoch, 3. Jan.

abends 8 1/2 Uhr.

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50-52

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Die Ortsverwaltung.

### UNIVERSUM.

Variété und Konzerthaus.

Täglich abends 8 Uhr:

### Heinr. Kalnberg u. sein Ensemble.

4 Damen, 5 Herren.

Eintritt Sonn- und Festtage

30 Pfg.

Eintritt wochentags 20 Pfg.

### Hansa-Theater.

Täglich 8 1/2 Uhr:

Das von

### Presse

und

### Publikum

mit größt. Beifall aufgenommene

### Neujahrs-Programm.

Sonntag nachmittag 4 Uhr:

Vorstellung b. kleinen Preisen

### Neues Stadttheater.

Infolge der starken Nachfrage.

Mittwoch, 3. Jan. Nachm. 3 Uhr:

### Bei ermäßigten Preisen!

Nachmalige Aufführung!

### Prinzessin Herzlieb

Weihnachtsmärch. v. Grube-Dörcher.

Mittwoch, 3. Januar. 8 Uhr.

### Bei kleinen Preisen!

### Bunter Abend.

Donnerstag, 4. Januar. 7 1/2 Uhr.

Woll-Ab. 91. Donnerstag-Ab. 16.

### Margarete (Faust).

Große Oper von Gounod.



## Das Wahlbureau

### der sozialdemokratischen Partei

### für den Wahlkreis Lübeck

Johannisstraße 50, Telephon 2443,  
ist werktäglich ununterbrochen von 8 Uhr  
morgens bis 10 Uhr abends geöffnet.  
Sonn- und Feiertags  
vormittags von 9 bis 1 Uhr.

## Kleins Sommer-Nachtstraum.

Im den Stadthallen mußte sich Kleins Redehelfer, der vierhundertmillionenbewilligungsreue Sommer, zu seiner größten Verwunderung von lässlichen Redebauern auslachen lassen, als er den äberrnen Versuch machte, eine Utopisterei schlimmer Art der Sozialdemokratie an die Rockschöße zu hängen. Er wußte als biederer Fortschrittsnachwächter natürlich nicht, daß sozialdemokratische Wähler keine Zeit haben, über Zukunftsmusik die dringlichen Forderungen zu vergessen, die sie an den Gegenwartistaat zu stellen haben. Ihr energischer Protest gegen die öde Schwägererei des liberalen Jugendbildners war gleichzeitig ein Protest des gesunden Menschenverstandes gegen liberale Verstandlosigkeiten.

Herr Sommer schöpfte seine Weisheit aus einer Broschüre des Engländers Stewart Graham „Neu-Australien“, wo der Sozialismus versagt hat, die zuerst der sattem bekannte „gelbe“ Ehrenmann Lebius allen Reichsverbändlern und Reichsverbandsstipendiaten vermittelte hat. Diese Schrift trägt zur ungetrübten Heiterkeit aller Nationalökonomien durch die Entdeckung bei, daß schon das alte Sparta durch den Kommunismus zugrunde gerichtet sei. In dieser pugigen Behauptung bemerkt Professor Grünberg-Wien, eine wissenschaftliche Autorität ersten Ranges:

„Weder in Sparta noch in Kreta hat eine bewußt gegen das Privateigentum geschaffene wirtschaftliche Organisation existiert. Hier wie dort gab es vielmehr Privateigentum, individualistische Betriebe und große Besitzdifferenzen.“ Und wenn man einmal, was an sich natürlich ein überaus interessantes, wirtschaftliche Zustände, die vor dreitausend Jahren unter ganz anderen Verhältnissen ihre Daseinsberechtigung haben mochten, wenn man, so sagen wir, diese Zustände gegen moderne Einrichtungen und Bestrebungen ausspielen will, so lassen sie sich nicht gegen den „Zukunftistaat“ der Sozialdemokratie, sondern weit eher gegen seinen modernen Gegenpart, nämlich gegen den von der Sozialdemokratie bekämpften, von ihren Feinden aber gestützten Kapitalistenstaat mit seinem Militarismus ins Feld führen. Hören wir nämlich, was Prof. Grünberg weiter über die Einrichtungen in Sparta und Kreta sagt:

„Hier wie dort erscheinen die gemeinsamen Bürgermahlzeiten (Spisittien) als „Bestandteil der Wehrverfassung“, als „Organisation des reinen Kriegerstaates“, welcher die Waffenbrüderschaften des Kriegszustandes zu Tischgenossenschaften des Friedensstandes macht. Und wenn anders in Sparta, wo jeder Bürger seinen Beitrag zu den Spisittien leisten muß, die Kosten derselben in Kreta von Staats wegen bestritten werden, so ist das keine höhere Form der Konsumtionsgemeinschaft, als die moderne Auspeisung der militärischen Mannschaften in den Kasernen.“

Von Sparta führt uns der Verfasser nach China, wo nach seiner Meinung im ersten Jahrhundert unserer Zeitrechnung eine kommunistische Epoche anbrach, die ein „ähnliches System aufweist, wie es die Führer der Sozialdemokraten im Zukunftsstaat einzurichten gedenken.“ Trägt man, wie denn diese Einrichtung ist, so folgt prompt die Antwort: „Das Eigentum an Grund und Boden wurde aufgehoben und aller Besitz gleichmäßig verteilt.“ Es kümmert uns hier nicht, ob vor achthundert Jahren tatsächlich in China nach diesem Rezept verfahren wurde; wir haben einfach festzustellen, daß der chinesische Kaiser, dem dieser wunderliche Sozialismus zugeschrieben wird, ungefähr das Gegenteil dessen tat, was die Vertreter des modernen Sozialismus als Entwicklungsnotwendigkeit ansehen. Sie lachen über das längst abgetane Märchen vom Teilen und sind der Meinung, daß wie heute schon Post und Eisenbahnen und zum Teil die Bergwerke dem Staate überantwortet sind, in Zukunft nach den Worten des Erfurter Programms „nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund Boden, Eruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel in gesellschaftliches Eigentum es bewirken kann, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde.“

Das hier gekennzeichnete starke Stück wirtschaftlicher und geschichtlicher Unwissenheit begleitet den Verfasser der Broschüre weiter auch bei dem Hauptzweck seiner Abhandlung, dem Märchen, das Herr Sommer in behaglicher Weisheit vortrug. Er teilt mit, daß nach einem mißglückten Streik australische Arbeiter unter Führung eines gewissen Lane vor zwanzig Jahren nach dem südamerikanischen Freistaat Paraguanay ausgewandert seien, dort eine sozialistische Kolonie gegründet und in dieser Kolonie eine so heillose Wirtschaft getrieben hätten, daß die ganze Gesellschaft schließlich auseinandergefallen wäre. Natürlich fehlte dieser rührigen Geschichte das wesentliche, wenn ihre Moral nicht auf die Verherrlichung des Kapitalismus hinausläufe. Einer wie der andere der „sozialdemokratischen Abtrünnlinge“ wurde nach dem Pamphlet nämlich durch das „eiserne Lohngesetz des Kapitalismus“ gerettet.

„Sie alle entdeckten zu ihrer freudigen Überraschung, daß das Kapital der unentbehrliche Verbündete und Freund und nicht Feind des Arbeiters ist. Der ehrliche Ehrgeiz eines jeden der Genossen wurde es nun, selbst Kapitalist zu werden. Denn Kapital ist die Frucht von Arbeit und Sparsamkeit.“

Leider hört hier die fromme Erzählung auf. Wir erfahren wohl, daß das Kapital eine „Frucht“, aber nicht,

daß es die Frucht der Arbeit anderer, nämlich der für den Unternehmer frondenden Arbeiter ist; auch wird uns nicht mitgeteilt, was denn die wirkliche Utopie, die hier doch erst anfängt, für ein Ende nimmt. Oder schätzte der Verfasser im Zeitalter der Aktiengesellschaften, Großbanken und Warenhäuser sein Publikum wirklich so dumm ein, daß es glauben soll, der Ehrgeiz, Kapitalist zu werden, gehe bei jedem mit Fleiß und gutem Willen besetzten Arbeiter in Erfüllung?

Was aber die sozialistischen Experimente im Gegenwartistaat betrifft, so hat auf diesen Warnungsruf der „Vorwärts“ in der eingangs erwähnten Betrachtung die richtige Antwort gegeben, indem er schrieb:

„Herr Lebius hat darin recht, daß jeder Versuch, den Kapitalismus im kleinen und mit friedlichen Mitteln zu überwinden, fehlschlagen muß. Deshalb ist eben der politische Kampf um die Staatsmacht notwendig. Nur wenn das Proletariat diese erobert hat, wenn es die Verfügungsgewalt erringt über die gesamte Produktion, dann kann es sein Streben verwirklichen, dann kann es jenes Gemeinwesen ins Leben rufen, in dem der Grundtag zur Tat wird: „Einer für alle, alle für einen.“

Das hat auch die Sozialdemokratie schon längst eingesehen und deshalb alle solche Versuche eines dilettantischen Sozialismus, wie sie auch heute noch manchmal von wohlwollenden bürgerlichen Konfusionsräten wie Herkann usw. ausposaunt und angepöbeln werden, in entschiedenster Weise abgelehnt und verurteilt. Das ist Herrn Lebius jedenfalls auch nicht unbekannt; aber was verhilft das, wenn man den dummen Mädel mit ein paar Entstellungen und Lügen anschwärzen kann? Darum wird Lane, der von sozialdemokratischen Grundrissen jedenfalls keine Ahnung hatte, wenn er jenen tollen Versuch unternahm, frischweg zum überzeugten Sozialdemokraten gemacht und alle Narreteien, die er und seine Anhänger in Süd-Amerika getrieben haben sollen, werden den deutschen Sozialdemokraten in die Schuhe geschoben. Das Manöver ist so plump, daß man kaum annehmen sollte, daß es irgend einen Erfolg haben könnte.“

Wir könnten mit dieser Zurechtweisung über die „wissenschaftliche“ Vernichtung des sozialdemokratischen Zukunftsstaates hinweggehen, wenn nicht eine Betrachtung darüber angebracht wäre, aus welchem Grunde wohl die Feinde der Arbeiterschaft sich so sehr um Beweise für die „Undurchführbarkeit“ der sozialdemokratischen Ideale mühen. Wäre, was sie behaupten, die sozialdemokratische Produktionsweise der Gipfel aller Torheit und könnten ferner die Gründer von Neu-Australien irgendwie in die Sozialdemokratie eingereicht werden, so brauchten die Gegner sich in keiner Weise anzustrengen, so wäre es schade um die Ausgaben für Papier und Druckerwärze; denn was kann es für einen eingefleischten Kapitalisten angenehmeres geben, als wenn die Sozialdemokratie sich durch Experimente und Gründungen selber mit Eifer lächerlich macht?

Nun fällt es den Vertretern des sozialistischen Gedankens bekanntlich garnicht ein, den Kapitalisten in solcher Weise gefällig zu sein. Der Sozialdemokrat hält derartige Experimente heute für ebenso töricht, als wenn jemand etwa im

## Mozart auf der Reize nach Prag.

Erzählung von Eduard Mörike.

(I. Fortsetzung.)

„Mir kam,“ versetzte sie, „in diesen Tagen dein alter Sackkalender in die Hände von Anno fünfundsachtzig; da hast du hinten angemerkelt drei bis vier Notabene. Zum ersten sieht: Mitte Oktober giehet man die großen Löwen in kaltecker Stengehölzer; fürs zweite, doppelt angestrichen: Professor Gattner zu besuchen: Wer ist der?“

„O recht, ich weiß: auf dem Observatorio der gute alte Herr, der mich von Zeit zu Zeit dazu einlädt. Ich wollte längst einmal den Mond und den Wandel bin mit dir betrachten. Sie haben jetzt ein mächtig großes Fernrohr oben; da soll man auf der ungeheuren Scheibe hell und deutlich bis zum Greifen Gebirge, Täler, Klüfte sehen und von der Seite, wo die Sonne nicht hinfällt, den Schatten, den die Berge werfen. Schon seit zwei Jahren schlag' ich's an, den Gang zu tun, und komme nicht dazu, elender- und schändlicher Weise!“

„Nun,“ sagte sie, „der Mond entläuft uns nicht. Wir holen manches nach.“

Nach einer Pause fuhr er fort: „Und geht es nicht mit allem so? O pfui! Ich darf nicht daran denken, was man verpaßt, verschleibt und hängen läßt — von Pflichten gegen Gott und Menschen nicht zu reden — ich sage von purem Genuß, von den kleinen, unschuldrigen Freuden, die einem jeden täglich vor den Füßen liegen.“

Madame Mozart konnte oder wollte von der Richtung, die sein leicht bewegliches Gefühl hier mehr und mehr nahm, auf keine Weise ablenken, und leider konnte sie ihm nur von ganzem Herzen recht geben, indem er mit steigendem Eifer fortfuhr: „Ward ich denn je nur meiner Kinder ein volles Stündchen froh? Wie halb ist das bei mir und immer an passant! Die Bubens einmal rittlings auf das Knie gesetzt, mich zwei Minuten mit ihnen durchs Zimmer gejagt; und damit basta, wieder abgeschüttelt! Es denkt mir nicht, daß wir uns auf dem Lande zusammen einen schönen Tag gemacht hätten, an Ostern oder Pfingsten, in einem Garten oder Waldel, auf der Wiese, wir unter uns allein, bei Kirscherz und Blumenpiel, um selber einmal wieder Kind zu werden. Altmittels geht und rennt und faßt das Leben hin — Herr Gott! bedenk' mans recht, es möcht' einem der Angschweiß ausbrechen!“

Mit der soeben ausgesprochenen Selbstanklage war unerwartet ein sehr ernsthaftes Gespräch in aller Traulichkeit

und Güte zwischen beiden eröffnet. Wir teilen dasselbe nicht ausführlich mit und werfen lieber einen allgemeinen Blick auf die Verhältnisse, die teils ausdrücklich und unmittelbar den Stoff, teils auch nur den bewußten Hintergrund der Unterredung ausmachten.

Hier drängt sich uns voraus die schmerzliche Betrachtung auf, daß dieser feurige, für jeden Reiz der Welt und für das Höchste, was dem ahnenden Gemüt erreichbar ist, ungläublich empfängliche Mensch, soviel er auch in seiner kurzen Spanne Zeit erlebt, genossen und aus sich hervorgebracht, ein stetiges und rein befriedigtes Gefühl seiner selbst doch lebenslang entbehrte.

Wer die Ursachen dieser Erscheinung nicht etwa tiefer suchen will, als sie vermutlich liegen, wird sie zunächst einfach in jenen, wie es scheint, unüberwindlich eingewohnten Schwächen finden, die wir so gern und nicht ohne Grund mit alledem was an Mozart der Gegenstand unserer Bewunderung ist, in eine Art notwendiger Verbindung bringen.

Des Mannes Bedürfnisse waren sehr vielfach, seine Neigung für gesellige Freuden außerordentlich groß. Von den vornehmsten Häusern der Stadt als unergleichliches Talent gewürdigt und gesucht, verschmähte er Einladungen zu Feiten, Zirkeln und Partien selten oder nie. Dabei tat er der gleichen Gastfreundschaft innerhalb seiner näheren Kreise gleichfalls genug. Einen längst hergebrachten musikalischen Abend am Sonntag bei ihm, ein ungezwungenes Mittagmahl an seinem wohlbestellten Tische mit ein paar Freunden und Bekannten, zwei, dreimal in der Woche, das wollte er nicht missen. Bismellen brachte er die Gäste, zum Schrecken der Frau, unangekündigt von der Straße weg ins Haus, Leute von sehr ungleichem Werte, Liebhaber, Kunstgenossen, Sängern und Poeten. Der müßige Schmaroher, dessen ganzes Verdienst in einer immer aufgemerkten Laune, in Wig und Spaß und zwar vom größern Korne bestand, kam so gut wie der geistvolle Kenner und der treffliche Spieler erwünscht. Den größten Teil seiner Erholung indes pflegte Mozart außer dem eigenen Hause zu suchen. Man konnte ihn nach Tische einen Tag wie den anderen am Billard im Cafehaus und so auch manchen Abend im Gasthof finden. Er fuhr und ritt sehr gerne in Gesellschaft über Land, besuchte als ein ausgemachter Länzer Bälle und Redouten, und machte sich des Jahres einige Male einen Hauptspäß an Volksfesten, vor allem am Briggententag im Freien, wo er als Huerot meistert erschien.

Diese Vergnügungen, bald bunt und ausgelassen, bald einer ruhigeren Stimmung zulagend, waren bestimmt, dem lange gespannten Geiste nach ungeheurem Kraftaufwand die

notige Rast zu gewähren; auch verfehlten sie nicht, denselben nebenher auf den geheimnisvollen Wegen, auf welchen das Genie sein Spiel bewußtlos treibt, die seinen flüchtigen Eindrücke mitzutreiben, wodurch es sich gelegentlich befruchtet. Doch leider kam in solchen Stunden, weil es dann immer galt, den glücklichen Moment bis auf die Reize auszuköpfen, eine andere Rücksicht, es sei nun der Klugheit oder der Nüchternheit, der Selbsterhaltung wie der Häuslichkeit, nicht in Betracht.

Genießend oder schaffend, kannte Mozart gleich wenig Maß und Ziel. Ein Teil der Nacht war stets der Komposition gewidmet. Morgens früh, oft lange noch im Bette, ward ausgearbeitet. Dann machte er, von zehn Uhr an, zu Fuß oder im Wagen abgeholt, die Runde seiner Sektionen, die in der Regel noch einige Nachmittagsstunden wegnahmen. „Wir plagten uns wohl auch recht schaffend,“ so schreibt er selber einmal einmal einem Gönner, „und es hält öfter schwer, nicht die Geduld zu verlieren. Da haßt man sich als wohl akkreditierter Zembalüst und Musiklehrmeister ein Duzend Schüler auf und immer wieder einen neuen, unangeseher, was weiter an ihm ist, wenn er nur seinen Zaler per marca bezahlt. Ein jeder ungarische Schmarbart vom Geniekorps ist willkommen, den der Satan plagt, für nichts und wieder nichts Generalbass und Kontrapunkt zu studieren, das Aermütigste Komteschen, das mich, wie Meister Coquerel, den Haarträusler, mit einem roten Kopfe empfängt, wenn ich nicht auf den Glockenschlag bei ihr anklopfe.“ Und so weiter.

Und wenn er nun, durch diese und andere Berufsarbeiten, Akademien, Proben und dergleichen abgemüdet, nach frischem Atem schmachtete, war den erschöpften Nerven häufig nur in neuer Aufregung eine scheinbare Stärkung vergönnt. Seine Gesundheit wurde heimlich angegriffen, ein je und je wiederkehrender Zustand von Schwerkut wurde, wo nicht erzeugt, doch sicherlich genährt an eben diesem Punkte und so die Ahnung eines frühzeitigen Todes, die ihn zuletzt auf Schritt und Tritt begleitete, unvermeidlich erfüllt. Gram aller Art und Farbe, das Gefühl der Reue nicht ausgenommen, war er als eine herbe Würze jeder Lust auf seinen Teil gewöhnt. Doch wissen wir, auch diese Schmerzen rannen, abgeläut und rein, in jenem tiefen Quell zusammen, der, aus hundert goldenen Röhren springend, im Wechsel seiner Melodien unerschöpflich, alle Dual und alle Seligkeit der Menschenbrust ausströmte.

Am offenbarsten zeigten sich die bösen Wirkungen der Lebensweise Mozarts in seiner häuslichen Verfassung. Der Vorwurf, trichter, leichtsinniger Verschwendungslas sehr nahe; er mußte sich sogar an einen seiner



Staat des alten Frikens ein Warenhaus, einen Truß oder sonst eine Einrichtung hätte gründen wollen, die nur in einem gewissen Stadium der gesellschaftlichen Entwicklung einen Sinn hat und lebensfähig ist. Der Kern der sozialistischen Erkenntnis ist eben, daß bestimmte gesellschaftliche Einrichtungen einer bestimmten gesellschaftlichen Ordnung und Entwicklung entsprechen müssen, und in dieser Erkenntnis propagiert der Sozialdemokrat die vorhin erwähnte Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Andererseits kommt auch dem eingetragenen Kapitalisten allmählich die Erkenntnis, daß die Entwicklung nicht gar so lange auf sich warten lassen wird, und der sozialistenfeindliche Staat mit seinen Interessen ihr selber wohl oder übel vorarbeiten muß. Wir erinnern nur daran, daß, als bei der Schaffung des Reichsgesetzes über den Abschluß von Kapitalisten auf Drängen der sozialdemokratischen Fraktion darin auch eine Anzahl Bestimmungen zum Schutz der Arbeiter in Kallbergwerken aufgenommen wurde, es in einer aus diesem Anlaß vom Zentralverband Deutscher Industrieller am 7. Mai 1910 erlassenen Erklärung hieß:

„Derartige gesetzliche Bestimmungen bewegen sich vollkommen in den von der Sozialdemokratie unablässig und mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln verfolgten Zielen, in der den sozialdemokratischen Staat erstrebenden Richtung.“

Das Gesetz, das die Organisation der deutschen Scharfmacher zu diesem Klageruf veranlaßte, ist herzlich belanglos und bedeutet nur eine geringe Etappe zum Ziel. Aber umso bezeichnender ist es, daß die Repräsentation des Großkapitalismus in seinen Bestimmungen bereits das Totenglocklein der heutigen Wirtschaftsordnung läuten hörte, und daß ihr bei dieser Gelegenheit aller Spott über das etwaige Fehlschlagen sozialistischer Experimente auf der Zunge verstummt. Die Herren wissen eben, daß die privatkapitalistische Produktionsweise noch nicht das Ende aller Dinge ist, sie wissen, daß die heutige Weltordnung von einer besseren, vollkommeneren abgelöst wird, und daß sie selber sehr wider Willen in ihren Knechtenunternehmungen diese neue, sozialistische Ordnung vorbereiten müssen.

### Eine traurige Bilanz.

Im Jahre 1910 ist die Zahl strafgerichtlicher Verurteilungen von Jugendlichen achtmal so stark gestiegen, als die der überhaupt Verurteilten. Es sind 51 309 Jugendliche gegen 49 703 im Jahre 1909 wegen Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze bestraft worden. Der Rückgang im Jahre 1909, der 8,9 v. H. betragen hatte, war also nicht von Dauer. Am größten war der Anteil der Jugendlichen an den Verbrechen gegen das Vermögen; der Diebstahl spielt hierbei die Hauptrolle. Am schwersten Diebstahl sind die Jugendlichen sogar mit 28,3 v. H. aller Verurteilten beteiligt. Die wiederholt rückfälligen Jugendlichen zeigen beim Diebstahl allerdings einen wesentlichen Rückgang, vermutlich, weil die Fürsorgeerziehung für diese Jugendlichen eintritt, die ja einer dauernden Einsperrung gleichkommt. Sehr stark ist der Anteil der Jugendlichen an der Brandstiftung und zwar an der vorläufigen mit 31, an der schließlichen mit 18 v. H. aller Verurteilten. Auch der Anteil der Jugendlichen an den Verurteilungen wegen Sittlichkeitsverbrechen, namentlich auch an solchen gegen die Natur, ist sehr stark gestiegen. Dagegen sind wegen Verbrechen und Vergehen gegen den Staat, die öffentliche Ordnung oder die Religion nicht nur sehr wenig Jugendliche beteiligt, sondern ihre Zahl ist auch von 2,2 v. H. im Jahre 1909 auf 2,1 v. H. zurückgegangen. Diese amtliche Statistik zeigt, wie auch bei den Jugendlichen Zeiten der Leuzerung einen starken Anreiz zu Eigentumsdelikten enthalten. Sie zeigt aber auch, daß etwa von einer zunehmenden Auflehnung der Jugendlichen gegen die heutigen politischen Einrichtungen gar keine Rede sein kann, was insbesondere, gemessen an dem Geizrei über sozialdemokratische Jugenderhebung,

äußerst lehrreich ist. Daß die Zahl der jugendlichen Verbrecher so gewaltig gestiegen ist, beweist aber auch, wie trotz aller bürgerlichen und staatlichen Jugendpflege die Verwahrlosung der Jugend weiter Vorkerschritten fortgeschritten — eine unzertrennliche Begleiterscheinung des kapitalistischen Systems, das Vater und Mutter zur Berufsarbeit zwingt und dadurch die Jugend sich selbst überläßt. Vielleicht hält man den bürgerlichen Wahrednern diese amtliche Statistik vor, wenn sie der Sozialdemokratie vorwerfen, daß sie die Familie zerstören wolle!

### Bankerottwirtschaft und Militarismus.

Ans Wien wird geschrieben: Die Übertreibungen des Militarismus haben ihre Wirkungen getan. Die österreichische Staatswirtschaft befindet sich in einem Zustande tiefster Zerrüttung. Man hat dem Parlamente ein Tragnbudget vorgelegt, das mit einem Überschuß von 305 000 Kronen schließt. Doch der Berichtsteller des Budgetausschusses, ein eifriger Regierungsmann, legt dar, daß dieser Überschuß nur ein Rechnungskunststück, nur durch Maskierung von Anleihen als Einnahmen erreicht wird. 235 Millionen müssen als Anleihen aufgenommen werden, und wenn man selbst die Anleihen für verbundene Unternehmungen und die Tilgungsrente abrechnet, bleibt ein unlegbares Geburagsdefizit von 104 Millionen. Solche Abgänge weist der Etat nun schon Jahr für Jahr auf. Die Folgen offenbaren sich dann auf allen Gebieten. Wie tief der Kredit Österreichs gesunken ist, zeigen die Renten, die um 10 Proz. zurückgewichen sind von dem Kursstande vor zehn Jahren und heute tiefer als die serbischen Staatspapiere stehen. Man nimmt Schatzscheine zu 5 Proz. auf und tauscht die fälligen wieder gegen Schatzscheine um, man hat 60 Millionen Bankschulden und nun macht man sich gar an die Versicherungsgesellschaften heran, denen zu hohen Zinsen auf 10 Jahre unkündbar große Summen abgeborgt werden. Diese geradezu jämmerliche Schuldenwirtschaft ist so gut wie ausschließlich auf die militärischen Ausschweifungen der letzten Jahre zurückzuführen. Ein in zwei Jahren um nahezu hundert Millionen gesteigertes Budget wird in den nächsten fünf Jahren wiederum um 100 Millionen jährlicher Ausgaben steigen, und daneben mit den fünf Jahresraten der Flottenbauschuld von 320 Millionen Kronen belastet sein. Doch das genügt dem Herrn noch nicht. Bevor die Bekehrungen noch in Beratung gezogen sind, die allein dem Budget 41 Millionen aufbürden, wird ein neuer Plan betrieben. Man hat in dem Entwurf die zweijährige Dienstzeit kompromittiert, indem man die zu Unteroffizieren Beförderbaren drei Jahre dienen läßt. Nun möchte man die Empörung, die dies hervorruft, dazu mißbrauchen, daß man die altgehegte Idee, nach preußischem Muster die Zahl der länger dienenden Unteroffiziere aufs äußerste zu vermehren, kräftig propagiert. 40,000 Kapitulanten möchte man halten, 20 Millionen dafür jährlich mehr ausgeben — und dennoch die Unteroffiziere der allgemeinen Wehrpflicht drei Jahre dienen lassen. Was will man noch? Es ist nun freilich nicht leicht in Österreich, Soldaten zu finden, die sich zum Längerdienen entschließen, denn die Sache gilt nicht eben als ehrenvoll. Zu der Verbesserung der Bezüge im Dienste soll noch kommen, daß man die Privilegien der ausgedienten Kapitulanten beim Eintritt in den Staats-, Gemeinde- und Landesdienst erweitert. Starr hält man wie in Deutschland an dem Ideal des Berufsheeres fest, das innerhalb der allgemeinen Wehrpflicht die längerdienenden Unteroffiziere und Offiziere repräsentieren und überträgt den hier gezüchteten feudal-konserverativen Geist dann möglichst reichlich auf die Zivilämter. Kostet es, was es kostete, die Sicherheit vor dem inneren Feind ist jeder Preis wert.

### Wo ist eine Verschärfung des Gesetzes notwendig?

Der § 153 der Reichsgewerbeordnung soll wieder einmal (wie wir schon an anderer Stelle besprochen) verschärft werden, angeblich, weil die Arbeiter durch ihre immer rücksichtlosere Haltung Arbeitswilligen gegenüber dies als unbedingt notwendig erscheinen lassen. Stellen wir einmal die Gesamtziffer der Verurteilungen § 153, resp. die deswegen gefällten Urteile seit 1905 zusammen. Damit aber auch eine Vergleichsmöglichkeit geschaffen wird, stellen wir die Zahl der Verurteilungen von Unternehmern wegen Übertretung der Arbeiterschutzbestimmungen daneben. So läßt sich ein viel leichteres Antworten auf die Frage möglich machen: welche Gesetze müssen verschärft werden?

	1905	1907	1910
Auf Grund des § 153 wurden verurteilt in . . .	785	786	544 Fällen
Auf Grund von Zuwiderhandlung gegen die Vorschriften über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern wurde verurteilt in . . .	2 131	2 114	2 588 Fällen
die Vorschriften über die Gewährung von Ruhezeit und Mittagspause an offenen Verkaufsstellen wurde verurteilt in . . .	198	222	488 Fällen
die Bestimmungen über die Sonntagsruhe wurde verurteilt in . . .	8 638	8 825	10 515 Fällen
die Vorschriften zum Schutze der Arbeiter in bezug auf Leben, Gesundheit und gute Sitten wurde verurteilt in . . .	2 108	2 195	2 061 Fällen

Da wo es um Leben und Gesundheit der Arbeiter und Arbeiterinnen geht, mußten also die Gerichte im letztvergangenen Jahrzehnt viel, viel öfter schuldig eingreifen, und zwar nicht durch Verweise — deren Zahl ist Legion! — sondern durch Urteile, als es jemals notwendig gewesen wäre bei den Vorkommnissen, für die man 1869 den § 153 der Gewerbeordnung gemacht hat.

Trotzdem schreibt die scharfmacherische Presse eifrig nach Verschärfung, nicht etwa der Bestrafungen wegen Verfehlungen gegen Gesundheit und Leben des Arbeiters, sondern wegen dem Mute der Arbeiter für bessere Existenzverhältnisse zu kämpfen!

### Der Raubkrieg.

Der türkische Sieg bei Birtobras wird auch vom Korrespondenten des „Avanti“ bestätigt, der die Schlacht als wahre Niederlage der Italiener schildert, die 50 Tote und mehr als 100 Vermundete gehabt hätten. Alle Offiziere, die teilgenommen hätten, bezeichneten die Leichtfertigkeit der Kommandanten, die die Truppen zur Schlachtbank schickten, mit Worten bitteren Tadels. Die Soldaten hätten nur je 250 Patronen bei sich gehabt und seien nach zehnstündigem Kampfe ohne Munition da gestanden, auch die Kanonen hätten die letzten zwei Schüsse abgegeben, als sich glücklicherweise die Türken zurückzogen; andernfalls wäre die italienische Truppenmacht direkt aufgerieben worden. Die Regierung ist, wie der „Avanti“ erfährt, entschlossen, den Korrespondenten dieses Blattes aus Tripolis auszuweisen und dann natürlich weiter zu „fliegen“.

Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Tobruk, 28. Dezember: Nach Meldungen, die das italienische Truppenkommando erhielt, sollen die Verluste der Türken bei dem Kampf am 22. Dezember bedeutend gewesen sein. Ein türkischer Hauptmann und ein angesehener Araberfeldsch sollen sich unter den Toten befinden. Das Gerücht, daß die türkische Regierung die Sperung aller italienischen Bankinstitute angeordnet habe, ist unzutreffend. Den Blättern zufolge jagte die italienische Regierung zu, die auf dem englisch-ägyptischen Dampfer „Menzah“ im Roten Meere beschlagnahmten 30 000 Pfund zur Rückzuerstattung, da sie erwiesenermaßen der Ottomanbank gehören.

schönen Perzenszüge hängen. Kam einer, in dringender Not ihm eine Summe abzuborgen, sah seine Bürgschaft zu erbitten, so war meist schon darauf gerechnet, daß er sich nicht erst lange nach Fland und Sicherheit erkundigte; dergleichen hätte ihm auch in der Tat so wenig als einem Kinde angehangen. Am liebsten schenkte er gleich hin und immer mit lachender Frohnur, besonders wenn er meinte, gerade Überflus zu haben.

Die Mittel, die ein solcher Aufwand neben dem ordentlichen Hausbedarf erforderten, fanden allerdings in keinem Verhältnis mit den Einkünften. Was von Theatern und Konzerten, von Verlegern und Schülern einging, zuzamt der lauterlichen Pension, genügte um so weniger, da der Geschmack des Publikums noch weit davon entfernt war, sich entschieden für Mozarts Musik zu erklären. Die lauterliche Schönheit, Hülle und Tiefe bestreudete gemeinhin gegenüber der beliebtesten leicht fähigsten Kost. Zwar hatten sich die Wiener an Belmonte und Konstanz — dann den populären Elementen dieses Stückes — inerzeit kaum ersättigen können, hingegen tat einige Jahre später Fagaro, und sicher nicht allein durch die Jarrigen des Direktors, im Wettstreit mit der lieblichen, doch weit geringeren Goja rara einen unerwarteten glänzenden Fall: derselbe Fagaro, den gleich darauf die gebildeten oder unbefangenen Prager mit solchem Entzücken ausnahmen, daß der Meister in dankbarer Nahrung darüber seine nächste große Oper eigens für sie zu schreiben beschloß. Trotz der Ungunst der Zeit und dem Einfluß der Feinde hätte Mozart mit etwas mehr Umsicht und Klugheit noch immer seine sehr ansehnlichen Gewinne von seiner Kunst gezogen; so aber kam er selbst bei jenen Unternehmungen zu kurz, wo auch der große Haufen ihm Beifall zuwachen mußte. Genug, es würde eben alles, Schicksal und Naturell und eigene Schuld, zusammen, den einzigen Mann nicht gedeihen zu lassen.

Welch einen schlimmen Stand nun aber eine Hausfrau, sofern sie ihre Aufgabe kannte, unter solchen Umständen gehabt haben müsse, begreifen wir leicht. Obgleich jung und lebensfroh, als Tochter eines Musikers ein ganzes Künstlerblut, von Hause aus übrige schon an Entbehrung gewöhnt, eines Konstanze allen guten Willen, dem Unheil an der Dürft zu wehren, manches Verlehrte abzuschneiden und den Betrag im großen durch Spararbeit im Kleinen zu ersetzen.

Nur eben in letzterer Dinnat vielleicht ermangelte sie des rechten Geschicks und der früheren Erfahrung. Sie hatte die Kasse und führte das Hausbuch; jede Forderung, jede Schuldmahnung und was es Verdrießliches gab, ging ausschließlich an sie. Da rief ihr wohl mitunter das Wasser an die Kehle, zumal wenn oft zu dieser Bedrängnis, zu Mangel, peinlicher Verlegenheit und Furcht vor offenerer Unehre noch gar der Trübsinn ihres Mannes kam, worin er tagelang verharrte, untätig, keinem Troste zugänglich, indem er mit Seufzen und Klagen neben der Frau oder stumm in einem Winkel vor sich hin den einen traurigen Gedanken, zu sterben, wie eine endlose Schraube verfolgte. Ihr guter Mut verließ sie demnach selten, ihr heller Blick fand meist, wenn auch nur auf einige Zeit, Rat und Hilfe. Im wesentlichen wurde wenig oder nichts gebessert. Gewann sie ihm mit Ernst und Scherz, mit Bitten und Schmeicheln für heute so viel ab, daß er den Tee an ihrer Seite trank, sich seinen Abendbraten daheim bei der Familie schmecken ließ, um nachher nicht mehr auszugehen, was war damit erreicht? Er konnte, wohl einmal, durch ein vermeintes Auge seiner Frau plötzlich betroffen und bewegt, eine schlimme Gemohnheit aufrichtig vermissen, das Beste versprechen, mehr als sie verlangte — umsonst, er fand sich unverwehens im alten Fahrgeleise wieder. Man war versucht zu glauben, es habe anders nicht in seiner Macht gestanden, und eine völlig unnderänderte Ordnung nach unteren Begriffen von dem, was allen Menschen ziemt und frommt, ihm irgendwie gewaltsam aufgedrungen, müßte das wunderbare Wesen geradezu selbst aufgehoben haben.

Einen gänzligen Umschwung der Dinge hoffte Konstanze doch stets insoweit, als derselbe von außen her möglich war: durch eine gründliche Verbesserung ihrer ökonomischen Lage, wie solche bei dem wachsenden Ruhe ihres Mannes nicht ausbleiben könne. Wenn erst, so meinte er, der feste Druck wegfiel, der sich auch ihm, bald näher, bald entfernter, von dieser Seite fühlbar machte, wenn er, anstatt die Hälfte seiner Kraft und Zeit dem bloßen Gelberwerb zu opfern, ungeteilt seiner wahren Bestimmung nachleben dürfe, wenn endlich der Sennig, nach dem er nicht mehr jagen, den er mit ungleich besserem Gewissen haben würde, ihm noch einmal so wohl an Leib und Seele gedeibe: dann sollte bald sein ganzer Zustand leichter, natürlicher, ruhiger werden. Sie dachte gar an einen gelegentlichen Wechsel

ihres Wohnorts, da seine unbedingte Vorliebe für Wien, wo nun einmal nach ihrer Überzeugung doch kein rechter Segen für ihn sei, am Ende noch zu überwinden wäre.

Den nächsten entscheidenden Vorschub aber zur Bewirtlichung ihrer Gedanken und Wünsche versprach sich Madame Mozart vom Erfolg der neuen Oper, um die es sich bei dieser Reize handelte.

Die Komposition war weit über die Hälfte vorgeschritten. Vertraute, urteilsfähige Freunde, die, als Zeugen der Entstehung des außerordentlichen Wertes, einen hinreichenden Begriff von seiner Art und Wirkungsweise haben mußten, sprachen überall davon in einem Tone, daß viele selber von den Gegnern darauf gefaßt sein konnten, es werde dieser Don Juan, bevor ein halbes Jahr verginge, die gesamte musikalische Welt von einem Ende Deutschlands bis zum anderen erschütterte, auf den Kopf gestellt, im Sturme erobert haben. Vorsichtiger und bedingter waren die wohlwollenden Stimmen anderer, die, von dem heutigen Standpunkt der Musik ausgehend, einen allgemeinen und reichen Satzes kaum hofften. Der Meister selber teilte im stillen ihre nur zu wohl begründeten Zweifel.

Konstanze ihrerseits, wie die Frauen immer, wo ihr Gefühl einmal lebhaft bestimmt und doch dazu vom Eifer eines höchst gerechten Wunsches eingenommen ist, durch spätere Bedenklichkeiten von da und dorthin sich viel seltener als die Männer irre machen lassen, hielt fest an ihrem guten Glauben und hatte eben jetzt im Wagen wiederum Veranlassung, denselben zu verfechten. Sie tat es in ihrer frühlichen und blühenden Manier mit doppelter Geffissenheit, da Mozarts Stimmung im Verlauf des vorigen Gesprächs, das weiter zu nichts führen konnte und deshalb äußerst unbefriedigend abbrach, bereits merklich gesunken war. Sie setzte ihrem Gatten sofort mit gleicher Heiterkeit umständlich auseinander, wie sie nach ihrer Heimkehr die mit dem Prager Unternehmer als Kaufpreis für die Partitur akkordierten hundert Dukaten zur Deckung der dringlichsten Posten und sonst zu verwenden gedente, auch wie sie zufolge ihres Staats den kommenden Winter hindurch bis zum Frühjahr gut auszureichen hoffe.

(Fortsetzung folgt.)



# Die Republik China.

Die Friedenskonferenz in Schanghai hat sich darüber geeinigt, daß während der Tagung der Nationalversammlung, die über die zukünftige Regierungsform für China bestimmen soll und deren Entscheidung für die kaiserliche Regierung verbindlich sein wird, keine Anleihe im Ausland aufgenommen werden dürfe. Die kaiserlichen Truppen sollen sich auf eine Entfernung von siebenzehn Meilen von den Stellungen zurückziehen, die sie jetzt in bestimmten Zentralprovinzen einnehmen, während die republikanischen Truppen weder vorrücken, noch neue Stellungen einnehmen dürfen. — Die Erwählung des Dr. Sunjatsen zum Präsidenten der republikanischen Regierung von China wurde in Schanghai durch ein großes Festessen gefeiert. Die Wahl Sunjatsens geschah unter der Voraussetzung, daß Sunjatsen den Präsidentenposten nicht annimmt. Sollte er dennoch bereit sein, die Präsidentschaft zu übernehmen, so müßte Dr. Sunjatsen sich mit dem Posten des Vizepräsidenten begnügen.

Die Bemühungen Quanshikais, ein einheitliches nationales Kabinett zu bilden, sind gescheitert. Von den zehn von ihm ernannten Ministern haben sechs ihre Entlassung eingereicht und mehrere, wie z. B. der Handelsminister, sind zu den Revolutionären übergegangen. Tangshaoan deponierte an Quanshikai, daß die Sübprovinzen republikanisch seien, aus Abneigung nicht gegen die Monarchie, sondern gegen die Mandchus. Eine gleiche Tendenz zeigt sich jetzt auch im Norden. Es sei deshalb außerordentlich schwer, die Mandchu-Regierung aufrechtzuerhalten, da die gesamte Nationalversammlung sich gegen die Beibehaltung der Mandchu-Dynastie erklären werde.

Wie der Korrespondent des „Daily Telegraph“ aus Schanghai meldet, sind die Aussichten auf eine Einigung sehr gut. Schwierigkeit mache nur die Wahl der Stadt, in der die Versammlung, die über die zukünftige Verfassung entscheiden wird, zusammentreten soll; die Monarchisten begünstigen Schanghai, die Republikaner Nanking. (Von anderer Seite wird Tschifu genannt.) Sunjatsen erklärte, er werde die Präsidentschaft annehmen; seine Ernennung habe die volle Billigung aller Gruppen der republikanischen Partei, und wenn sich der Nationalkonvent, was beinahe sicher sei, für die Abschaffung der Monarchie entscheide, werde seine Wahl bestätigt werden. Dasselbe Blatt meldet aus Peking, daß Sunjatsens Eintreffen in Schanghai, wohin er mit vielen Offizieren und starken Geldmitteln gekommen sei, die Lage kompliziert habe, weil die chinesischen Intellektuellen auf sofortige Errichtung der Republik hindrängen, während die jüngeren Mandchu-Prinzen noch nicht den Thron preisgeben wollten. Am Donnerstag fand eine sehr dramatische Konferenz der kaiserlichen Eliten vor dem Thron statt. Mehrere der sogenannten „Eisenkappen“ unter den Prinzen nahmen eine intransigente Haltung ein. Die Kaiserin-Witwe erlitt verschiedene Ohnmachtsanfälle, und der ganze Palast war mit Wehklagen erfüllt. Der Korrespondent hält einen tragischen Ausgang des großen Dramas für wahrscheinlich. — Der „Daily Graphic“ hält es für unmöglich, daß China, selbst wenn es sich für die Republik entscheiden sollte, die Wahl eines zum Christentum übergetretenen Chinesen gutheißend werde.

Die von der „Agence d'Extreme-Orient“ in Brüssel herausgegebene Monatschrift „La Revue Jaune“ widmet in ihrer letzten Nummer dem Dr. Sunjatsen und seinem Programm längere, von hoher Achtung vor den Fähigkeiten des chinesischen Freiheitsmannes zeugende Ausführungen. Danach ist Sunjatsen Sozialist. (Man wird diese Auffassung natürlich mit dem nötigen Vorbehalt aufnehmen; die folgenden Ausführungen lassen das erkennen.) Er hat seine Staatstheorien an Marx, Engels und Henry Georges gebildet, ist aber nicht in den Fehler verfallen, die aus europäischen und amerikanischen Verhältnissen heraus entstandenen Prinzipien auf China unverändert übertragen zu wollen. Er fürchtet für das Gedeihen seines Landes vor allem die Macht der Maschinen und den Kapitalismus. Diesen beiden Grundursachen der sozialen Not will er vorgehen. Während er für Europa und Amerika die soziale Revolution für unvermeidlich hält, weil man in den Ländern dieser Erdteile nicht verstanden habe, die Agrarfrage zu lösen, glaubt er für China die Gefahr abzuwenden zu können, da das Reich der Mitte, am Anfang einer Entwicklung stehend, die Fehler anderer Länder vermeiden und sich deren Erfahrungen zunutze machen könne.

Weiter sagt das Blatt: „Es ist irrig anzunehmen, daß Sunjatsen nur aus seiner Gegnerschaft zu den Mandchus heraus Republikaner ist. Er sagt wörtlich: Wenn wir die Mandchus verjagen, triumphiert die chinesische Nationalität. Wenn wir die absolute Monarchie kürzen, so ist das nur eine politische Veränderung. Aber man darf diese beiden Fragen nicht getrennt lösen. Das Ergebnis der politischen Revolution muß eine demokratische Verfassung sein. Daher dürfen wir, so wie die Dinge jetzt liegen, nicht zögern, in die Revolution einzutreten, auch wenn der Kaiser ein Chinese wäre.“

Aus Peking wird berichtet, daß am letzten Abend des Jahres 4000 Revolutionäre Hankau angegriffen haben. Der Kampf dauert an; die Kaiserlichen sind erstarrt, daß der Abschluß der Verhandlungen, der wie man annimmt, unzweifelhaft den Sieg der Republikaner bedeutet hätte, vermieden wird. (?)

Sehr verwickelt liegen die Verhältnisse in der Mongolei, wo bekanntlich Rußland im trüben fließt. Man weiß, daß die Mongolenfürsten seit langem durch russische Agenten, die in der Form von Handels-Expeditionen in ihrem Lande aufjagten, bearbeitet worden sind, und daß erst kürzlich eine Sondergesandtschaft mongolischer Fürsten vom Zaren empfangen worden ist. Darum bildet auch der bereits in Peking Depeschen angekündigte völlige Abfall der Mongolei keine Überraschung mehr. Er hat sich jetzt vollzogen, wie aus folgendem Telegramm hervorgeht:

„Die Mongolenfürsten haben den lebenden Buddha in Urga zum Oberhaupt der Chalkamongolen mit allen Machtbefugnissen proklamiert. Der chinesische Resident wurde vertrieben.“

Die Nachricht wird bestätigt durch eine in Chargin aus Urga eingetroffene Depesche vom 28. Dezember, die besagt, daß der Antuchta, das Oberhaupt der buddhistischen Geistlichen, als Selbstherrscher die Regierung der Mongolei angetreten hat. Die Meldungen über dies Ereignis treffen aber mit einer andern wichtigen Depesche zusammen. Danach hätte Rußland, das wegen seines Handelsmarktes in der Mongolei schon im Frühjahr dieses Jahres ernste Differenzen mit der Peking Regierung hatte, gerade in diesem Augenblick sich mit einer Art Ultimatum an China gewandt. Die Angelegenheit der Mongolei hat, so meldet der den Mandchukreislern nahestehende Korrespondent des „Daily Telegraph“ aus Peking, plötzlich und unerwartet zu einer schweren Verwicklung geführt, da Rußland Forderungen aufstellt, die die vollständige Vernichtung der chinesischen Souveränität in der Mongolei bedeuten würden. Das chinesische auswärtige Amt ist außerordentlich zurückhaltend, gibt aber zu, daß ein verfeinertes Ultimatum von Rußland eingegangen ist. Man weigert sich, irgendwelche Erklärungen abzugeben. Immerhin heißt es, daß russische Truppen an zwei Punkten die Grenze der Mongolei überschreiten werden. Es ist aber kein Zweifel mehr, daß Rußland den Abfall der Mongolenfürsten militärisch unterstützt und den Augenblick geschickt benutzte, um ein ungeheures Gebiet mit fleißiger Bevölkerung, lebhaftem Handel und wahrscheinlich reichen Mineralvorkommen in seinem Einfluß zu unterstellen. Denn darüber kann kaum ein Zweifel bestehen, daß die geistlichen und weltlichen Machthaber in dem ausgedehnten, an die sibirische Bahn grenzenden Gebiet das Basallenverhältnis zu China nun mit dem zu Rußland vertauschen werden, und der selbstherrschende Antuchta nun ein Werkzeug in den Fingern der russischen Konsuln sein wird. Diese Auffassung liegt man auch in den Vereinigten Staaten. Die amerikanischen Zeitungen erklären, daß ein Einvernehmen zwischen Rußland und Japan über die Abgrenzung ihrer Einflußgebiete in Ostasien bestehe. Ein solcher Pakt sei den amerikanischen Plänen entgegen, und der Grundsatz der offenen Tür werde dadurch illusorisch gemacht. — Es mag da noch allerlei herausbraten!

## Gewerkschaftsbewegung.

Die Maßregelungen der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft beschäftigte eine vom Transportarbeiter-Verband zu Donnerstagabend einberufene Versammlung. Nach einem Referat über die Bedeutung der Reichstagswahlen für die Straßenbahngestellten, erstattete der Angeordnete des Verbandes Rathmann Bericht über die Entlassungen. Redner geißelt das gelbe Denunziantentum, das unter den Angestellten geistlich geübt wird. Als er dabei einen infamen Auspruch eines Gelben zitiert, bemächtigt sich der Versammlung eine große Erregung, die glaubt, daß der gelbe Denunziant sich in der Versammlung befindet. Die Direktion erklärte, sich nicht um die politische Anschauung ihrer Angestellten zu kümmern, nur den Transportarbeiter-Verband will sie nicht leiden. Die Organisation wird sie aber aus dem Betrieb nicht mehr herausbekommen. Die Liste der Vertreterwahlen zur Krankenkasse weist diesmal mehr Mitglieder des Verbandes auf als früher. Mit einem Appell an die Solidarität der Angestellten schließt der Referent. Von einem Redner wurde besonders darauf verwiesen, daß im Gegensatz zu Maßregelungen in anderen Gewerben diese Maßregelungen im wesentlichen das Wert der Gelben sind. Die Versammlung nahm eine Resolution an, in der die Entlassung einer Anzahl Mitglieder des Verbandes als Maßregelungen bezeichnet werden, die auf Denunziationen der Gelben zurückzuführen sind. Die Versammlung protestierte gegen diesen Schlag gegen das Koalitionsrecht der Angestellten. Es wird verlangt, daß die Direktion eine Nachprüfung der Entlassungen anordnet und die gekündigten Angestellten wieder einstellt. Sollte das wider Erwarten nicht geschehen, so geloben die Versammelten durch den Ausbau der Organisation das Überwachungskomitee zu besetzen, die Gewährung voller Koalitionsfreiheit allen Angestellten zu sichern, um weitere Maßregelungen zu verhindern.

Zur Tabakarbeiterausperrung. Noch immer sind die vom Landrat v. Borries in Perford und Oberbürgermeister Höhland in Lemgo geleiteten, aber wegen des geringen Entgegenkommens der ursprünglich befristeten Firmen stöckenden Vermittelungsverhandlungen nicht vorwärts gebracht, sodaß der Kampf auch ins neue Jahr hinein noch anhalten wird. Immer wieder behaupten die Fabrikanten, die Lage der Zigarrenindustrie lasse keine Lohnerhöhungen in nennenswertem Maße zu; sie wollen allerdings damit nur ihre Unnachgiebigkeit verdecken. Die Behauptung der Unternehmer stimmt aber nicht. Ein großer Teil Fabrikanten zahlt höhere Löhne für Zigarren in derselben Preislage und derselben Art, als sie von den westfälisch-lippischen verkauft werden. Selbst im Ausperrungsgebiet haben im letzten Jahre eine Anzahl Firmen nennenswerte Zulagen gemacht und sind deshalb mit den Arbeitern sehr gut ausgekommen. Das Florieren ihres Geschäfts zeigt, daß es ihnen nicht zum Schaden gewesen ist. Wenn die Fabrikanten die Summen, um die sie durch die Ausperrung geschädigt werden, zu Lohnaufbesserungen benutzt hätten, so hätte es schon ein Weilchen gereicht; sie hätten jedenfalls in ihrem eigenen Interesse vernünftiger gehandelt. Ein Teil der Fabrikanten z. B. besitzt ungeheure Vorräte an Zigarren, die aber nicht an die Kundschaft gebracht werden können, weil sie nicht verkaufsfähig gemacht werden können; es fehlt an Sortier- und Versandpersonal. Große Kapitalwerte gehen dadurch verloren. Andernteils mangelt es bei einer großen Zahl Fabrikanten wieder an Zigarren; denn der Produktionsausfall ist durch den langen Kampf und die große Zahl der Beteiligten natürlich ein ganz enormer. Auch hier wird den Fabrikanten, da das indestierte Kapital brach liegt, ein ungeheurer Schaden, namentlich trifft es die kleineren, weniger kapitalkräftigen Unternehmer sehr schwer, was freilich eine beabsichtigte Nebenwirkung der im Fabrikantenverband dominierenden Großfabrikanten zu sein scheint. Die Situation, auch von diesen Gesichtspunkten aus betrachtet, zeigt aber, daß die Fabrikanten sich vorgenommen haben, die Organisation zu vernichten, trotz der Möglichkeit befriedigender Lohnzulagen und trotz des ungeheuren Schadens, den die Ausperrung ihnen bringt. Aber die Tabakarbeiter harren aus!

„Freiwillige“ Beiträge zu die Kasse der Scharfmacher. Vom rheinisch-westfälischen Bezirk des Arbeit-

geberbundes für das Baugewerbe wird zurzeit folgendes interessante Zirkular verbreitet:

„Zur gefälligen Beachtung. Um für die Folge Streiks und Ausperrungen im Baugewerbe nach Möglichkeit zu vermeiden, ist die Schaffung eines Wehrschages in dem deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe beschlossen.“

Da nun die Arbeitgeber des Baugewerbes nicht allein, sondern auch die Baumaterialienhändler und Lieferanten großes Interesse an dem Frieden im Baugewerbe haben, so kann den Arbeitgebern des Baugewerbes nicht zugemutet werden, neben den erheblichen Beiträgen hierfür allein das Geld für den Wehrschlag aufzubringen. Es ist daher vereinbart, daß die Baumaterialienhändler und Lieferanten zur Ansammlung des Wehrschages beitragen, indem sie vom 1. Januar nächsten Jahres ab ein Zehntel des Rechnungsbetrages in Form einer Marke, die bei der Geschäftsstelle Essen, Kaiserstraße 88, zu haben ist, und jedesmal auf die Rechnung zu kleben ist, als Rabatt gewähren.

Unsere Mitglieder wollen Waren nur von den Lieferanten beziehen, die in der oben erwähnten Weise die allgemeine Sache des Baugewerbes unterstützen.

Für die Lieferanten heißt es da einfach: „Wogel, friß oder stirb!“ Die elbe Gesellschaft aber, die ihre Raffan auf solche bedenklich nahe an Erpressung grenzende Weise füllt, wird nicht müde, über den angeblichen Terrorismus der Arbeiter zu schreiben und gegen alle Zuchtgesetze zu verlangsamen. Die Bauarbeiter aller Berufe werden aus dem Zirkular des Scharfmacherverbandes sicher neuen Antriebs entnehmen, auch ihre Organisation so stark und schlagkräftig zu machen wie nur möglich.

Immer wieder Unternehmerterrorismus! Ein geradezu unerhörter Fall von Unternehmerterrorismus wird aus Würzen i. S. berichtet: An dem nun schon Monate andauernden Kampfe im Steindruckgewerbe sind nicht nur die Angehörigen des Steindrucker-Verbandes, sondern auch viele Hunderte des Stein- und Buchdruckerarbeits-Verbandes und ca. 150 Personen des Buchbinder-Verbandes beteiligt. Die Buchbinder haben mit den Forderungen der Steindrucker selbstverständlich nichts zu tun; sie wurden vielmehr nur arbeitslos, weil es infolge der Steindruckerbewegung an Arbeit für sie mangelte. So wurden auch in Würzen i. S. einige Arbeiterinnen der Buchbinder-Abteilung eines größeren an der Steindruckerbewegung beteiligten Betriebes arbeitslos. Die Arbeiterinnen fanden in einer Teppichfabrik Arbeit. Als sie aber am nächsten Tag ihre Stellung antreten wollten, erhielten sie dann für einen Tag Lohn ausbezahlt und durften gar nicht erst anfangen zu arbeiten. So erging es ihnen auch noch in einer Reihe anderer Betriebe. Also nicht nur, daß streikende Arbeiter durch schwarze Listen existenzlos gemacht werden, die Würzener Unternehmer geben selbst ganz unbeteiligten Stodprügeln auf den Magen. Leute, die infolge der Bewegung einer anderen Berufsgruppe arbeitslos, vom Unternehmer selbst infolge Arbeitsmangel entlassen worden sind, werden anschließend auf Veranlassung dieses selben Unternehmers auch in anderen Berufen abgemiesen, obwohl Arbeit für sie vorhanden war. Wenn das nicht Terrorismus in höchster Potenz ist, dann gibt es überhaupt keinen. Aber hier wird sicherlich nicht die Staatsgewalt im öffentlichen Interesse einschreiten.

Die Generalstreikbewegung der britischen Bergarbeiter. Bis zum 29. Dezember waren noch nicht die geringsten Versuche unternommen worden, eine Verständigung zwischen Unternehmern und Arbeitern in der Bergwerksindustrie anzubahnen, obwohl in der Presse von derartigen Versuchen vielfach die Rede war. Die Vorbereitungen zur Urabstimmung gehen überall vor sich. Am 28. Dezember beschloß der Vorstand des südwestlichen Bergarbeiterverbandes, den Mitgliedern zu empfehlen, bei der kommenden Abstimmung für den Generalstreik zu stimmen, wenn zwischen die Minimallohnfrage nicht geregelt sei. Allem Anschein nach wird sich die Abstimmung nicht wesentlich anders gestalten als vor zwei Jahren. Damals (1909) wurden die Mitglieder der Bergarbeiterförderer Großbritanniens befragt, ob sie in den Generalstreik treten wollten, um den schottischen Bergarbeitern, die von den Unternehmern hart bedrängt wurden, zu Hilfe zu kommen. Die Abstimmung ergab, daß 518 861 Arbeiter die Frage bejaht und nur 62 980 mit Nein gestimmt hatten. In den einzelnen Distrikten schwankte die Mehrheit zwischen 80 und 98 Prozent.

## Die Frauen im Wahlkampf.

Die Frauen haben kein Wahlrecht, ergo haben sie sich nicht um die Reichstagswahlen zu kümmern, so argumentiert mancher Bürgermann. Als ob die vorhandene politische Rechtslosigkeit auch politische Interesslosigkeit bedingen müßte. Wir meinen vielmehr, daß die politische mündigen Frauen in der Empörung über ihre politische Rechtslosigkeit sich um so stärker am Wahlkampf, an der politischen Agitationspartei für die Partei betätigen werden, von der sie wissen, daß sie neben dem Klasseninteresse der arbeitenden Massen das Interesse der Frauen grundsätzlich und energisch vertritt: die Sozialdemokratie.

Ein guter Agitator kann mehr für die Sozialdemokratie, für die Ausbreitung ihrer Ideen, für die Gewinnung neuer Anhänger wirken als ein Wähler, der nur sozialdemokratisch stimmt, aber nicht agitiert. Agitieren können und sollen aber die Frauen so gut wie die Männer. Geschlecht das überall, wird uns mehr Stimme mehr gemonnen, als wenn die Frauen gleichgültig und tatenlos dem Wahlkampf gegenüberstehen würden. Mancher Gleichgültigkeit, mancher Laue, mancher Mantelkämmerer ist durch Frauen zum Erfüllen seiner Wahlpflicht angespornt worden. Und so soll es auch im jetzigen Wahlkampf geschehen. Die Frauen werden zu dieser Wirksamkeit sicher um so mehr angespornt, angesichts der Tatsache, daß die bürgerliche Mehrheit des verflochtenen Reichstags gerade ihre Interessen rücksichtslos mit Füßen trat. Wir erinnern nur an die Behandlung, die der Mutter- und Säuglingschutz erfahren hat.

Die Sozialdemokratie hatte beantragt: Alle Frauen, deren Familieneinkommen eine bestimmte Höhe nicht überschreitet, sind der Krankenversicherung zu unterstellen. Bei eintretender Schwangerschaft ist ihnen für 8 Wochen eine Schwangerschaftsunterstützung in der Höhe des ortsüblichen Tagelohns für Arbeiterinnen zu gewähren; in der gleichen Höhe ist den Wöchnerinnen für 8 Wochen eine Wöchnerinnenunterstützung zu gewähren, Arzt- und Hebammendienste haben die Wöchnerinnen unentgeltlich zu beanspruchen, und für 26 Wochen haben die Mütter, die fähig und willens sind, ihr Kind zu stillen, Anspruch auf ein Stillgeld in der Höhe des Krankengeldes.

Die bürgerliche Mehrheit, als die Vertreter des Besizes, haben, ohne über die Anträge zu diskutieren, sie abgelehnt, und damit Leben und Gesundheit von Müttern und Säuglingen in Arbeitertreffen auf das schwerste geschädigt. Ein



haben die Anträge abgelehnt, trotzdem sie wissen, daß hunderttausende Frauen in Deutschland bis kurz vor der Entbindung schwer schmerzen müssen, daß sie von der Not gepölpelt, mit Schmerz durchwühltem Körper und mit zitternden Knien zur Arbeit wanden, daß allein in Preußen jährlich mehr denn 128 000 Frauen ohne hebammlische Hilfe entbinden, und daß viele tausend Frauen ihrem Kinde die Brust entziehen, es fremder Pflege übergeben müssen, um aufs neue in die Brotfron zu gehen. Und die Folge? 10 000 Frauen sterben jährlich im Wochenbett, 50 000 erkranken und werden stief insolge der Mutterschaft, vieltausend Früh-, Tod- und Fehlgeburten erfolgen jährlich, die Zahl der Schwach- und verkrüppelt Gebornen steigt, die Säuglingssterblichkeit erreicht fast die enorme Höhe von 400 000 im Jahre. Entsetzliche Ziffern!

Und gegenüber diesen Selbstopfern von Opfern das kalte „Nein!“ der bürgerlichen Mehrheit, wo ein freundliches „Ja, wir stimmen den sozialdemokratischen Anträgen zu“, viel Menschenleben und Menschen Glück hätte erhalten können. Nur eine schmähliche Wächterinnenunterstützung in der Höhe des Krankengeldes für die frankenversicherten Arbeiterinnen der Ortskassen war alles, wozu die Vertreter des „heiligen“ Eigentums sich entschließen konnten. Und auch diese Bestimmung ging den Herrschaften für die Landarbeiterinnen, für die Dienstmädchen und Heimarbeiterinnen noch zu weit. Auf Antrag der „frommen“ Zenträmmer und Konservativen, dem Nationalliberalen und Fortschrittler zustimmten, ward für diese Arbeiterinnen die Wächterinnenunterstützung auf 4 Wochen herabgedrückt. „Christliche“ Nächstenliebe!

Möchten doch alle unsere Proletarierinnen sich dieser skandalösen Vorgänge fortgesetzt erinnern, möge der heilige Born darüber ihnen die Kraft geben, energisch teilzunehmen an dem großen Rekrus aller Volksfeinde, der am 12. Januar und am 25. Januar seinen Abschluß findet. Der sozialdemokratische Sieg bei der Wahl wird auch den Mutter- und Säuglingschutz vorwärts treiben.

### Das Märchen vom reichgewordenen Bergmann.

Anfang Dezember brachte der „Reichsbote“ einen Artikel unter der Stichmarke: „Eine schwere Anklage gegen die Sozialdemokratie.“ In einer Fußnote war dazu bemerkt:

„Von einem Mitarbeiter aus Thüringen wird uns dieser bemerkenswerte Aussatz eines sozialdemokratischen Bergarbeiters aus dem Meuselwitzer Braunkohlenrevier, der durch den von der Sozialdemokratie im letzten Sommer frivolo in Szene gesetzten Streik mit Weib und Kind in Not geraten ist, zur Verfügung gestellt.“

Der „sozialdemokratische Bergarbeiter“ erzählte in dem Aussatz, er sei seit 15 Jahren gewerkschaftlich und politisch organisiert und auch als Funktionär tätig gewesen. Bei einer Hausagitation für die „Altenburger Volkszeitung“ Ende Oktober hätte er in einem Dorfe einen früheren Jugendfreund getroffen, der ihn zum Mittagstisch einlud. Hierbei hätte der Jugendfreund dem sozialdemokratischen Bergarbeiter erzählt, wie er selbst als Bergarbeiter zu Haus, Hof und Wohlstand gekommen sei. Das wäre ihm dadurch möglich geworden, daß er sich nicht organisiert und niemals einen Streik mitmachte. Der sozialdemokratische Bergmann wurde durch die Erklärungen seines Jugendfreundes nachdenklich und rechnete zu Hause zusammen, was er an Beiträgen für die Organisation bezahle, und was er ferner durch Streiks, Ausperrungen usw. eingebüßt hätte. Und siehe da, er brachte die Summe von 4413 Mk. heraus.

Diese Erzählung wurde von einer großen Zahl Bürgerlicher und gelber Blätter mit der üblichen Brähe ihren Lesern serviert. — War schon die Richtigkeit der Angaben an der Hand der aufgeführten Zahlen zu bezweifeln, so fanden einige Bergarbeiter noch ein besonderes Interesse darin, diesen weißen Kollegen kennen zu lernen. Eine eingehende Untersuchung der Sache hat jetzt ergeben, daß die ganze Geschichte von Anfang bis zu Ende erlogen ist! Der „sozialdemokratische Bergmann“ existiert garnicht, ebenso wenig der „Jugendfreund“. Als Erfinder des Romans ist ein Bergmann Seebauer ermittelt, der weder politisch noch gewerkschaftlich organisiert, vielmehr ein gehässiger Gegner der Sozialdemokratie ist! Seebauer will derjenige sein, der in 15 Jahren 4413 Mk. für sozialdemokratische Zwecke geopfert hat! Er hat niemals einen Pfennig dafür ausgegeben! Seebauer hat also gehandelt, wie er es seinem erdichteten Jugendfreund zurechnet, und er ist trotzdem arm wie eine Kirche in der Nacht! Er hätte gerade sein, daß er seinen „Aberfluß“ in den katholischen Arbeiterverein oder ins „Blaue Kreuz“ abgeliefert hat, deren Mitglied Seebauer war.

So sieht der „sozialdemokratische Bergarbeiter“ des „Reichsbotes“ und seiner Kumpane aus, und so sind dessen unumstößliche Darlegungen in ihrer überzeugenden Schlichtheit und „Sachlichkeit“ beschaffen. — Wenn die arbeitserfeindliche Presse mit solchen Schwindereien kommt, sollten sie doch nicht gar zu plump sein: etwas mehr Geist und Witz sollten sie dazu schon verwenden.

### Aus Nah und Fern.

**Die Tragödie im Berliner Nachtstuhl.** Der Zug des Todes im Berliner städtischen Nihil für Obdachlose ist noch nicht beendet. Bis zur Silvesternacht war die Zahl der Erkrankungen auf 141 und die der Todesfälle auf 71 gestiegen. Die Ärzte und Professoren stehen noch immer vor einem Rätsel. Soviel steht jedoch fest, daß die Vergiftungen nicht immer im Genuß verdorbener Wacklinge ihre Ursache haben. Man neigt jetzt der Ansicht zu, daß auch Schnaps, der mit Methylnalkohol verlegt war, Vergiftungen verursacht hat. Jetzt werden allabendlich die Insassen ärztlich untersucht und den erkrankten Insassen wird sofort der Magen ausgepumpt. Auf diese Weise hoffen die Sachverständigen, dem Todeszug ein Ende zu bereiten.

**Ein niederträchtiger Streich** wurde in Stockstadt bei Achaffenburg verübt. Einem Schäfer aus Großhöfheim wurden 54 Schafe im Werte von ungefähr 2000 Mark vergiftet. Die Tiere gingen sämtlich ein. Der gleiche Streich wurde an einer größeren Anzahl Hühner verübt.

**Ein grauenhaftes Brandunglück**, in dem fünf Personen den Tod in den Flammen fanden, ereignete sich in St. Gallentappel, eine Stunde von Rapperswil (Schweiz) entfernt. In einem großen alten Holzhaus brach morgens 3 Uhr Feuer aus, das so rasch um sich griff, daß das Gebäude in kurzer Zeit bis auf den Grund niederverbrannte und auch sämtliches Mobiliar zerstört worden ist. Vier kleine Kinder schliefen in einer oberen Kammer. Umsonst suchte der Vater sie zu retten. Mit schweren Brandwunden bedeckt mußte er eilends den Weg ins Freie suchen. Eine 27-jährige Tochter, die, um zu helfen, in das brennende Haus rannte, kehrte nicht mehr zurück. Auch sie ist ein Opfer der Flammen geworden.

**Zwischen Herrmanns-Schlacht und Weihenacht.**  
Die Witwe Herrmann möchte Geld beziehn, und sie verläßt den Niskus von Berlin.

Wie — sorgt denn Vater Herrmann nicht für Brot? Mein — ein Beamter Jagows schlug ihn tot!  
Es war in Moabit vor Jahr und Tag,  
Die Herrmanns-Schlacht heißt's, wo er unterlag.  
Und weil er doch bloß ein Prolete war,  
Swoz man auch die Sühne nur in bar:  
Hier, Witwe, haben Sie ein Pfäster drauf,  
Dann aber Schluß — Sie halten uns nur auf!  
Jedoch: was tut dies Weib? Es hält sich stramm  
Und will und will gleich eine Rente hamml!  
Und kauft für Herrmanns Kinder zum Gericht.  
Der Niskus aber spricht: Mich sanzt Ihr nicht!  
Und immer, wenn die Witwe kommt und klagt,  
Wird — leider, leider! — der Termin vertagt.  
Nun, zwischen Herrmanns-Schlacht und Weihenacht,  
Wird dieses Spiel zum fünftenmal vollbracht.  
Die Witwe denkt und hofft: ein christlich Fest —  
Vielleicht daß er sich diesmal rühren läßt!  
Umsonst, umsonst — er läßt die Rente fest —  
Weil sich — der Täter nicht ermitteln läßt.  
Die Witwe spricht: Ihr Kinder, seid nur still —  
Vielleicht im nächsten Jahr — wie Gott es will!  
Ißt fleißig, daß ihr euch ein Christkind — malt,  
Wie der uns Vaters Leiche doch bezahlt!  
(Peter Echer im „Simplicissimus“.)

**Quittung.**

Für den Wahlfonds gingen ein:

M. B.	1,00 Mk.
Vom Dampfer Denabola	2,10
F. S.	0,65
Gastwirt Schröder, Lederstraße	20,00
Von den Steinarbeitern auf Lünen	163,64
Von einem Herrn in der Lilienstr.	10,00
bei der Flugblattverbreitung	10,00

Das Parteisekretariat.

**Umzugs-Meldung**

Ich ziehe am ..... nach .....  
Wieviel Treppen? .....  
Vord.- od. Hinterhaus? .....  
Name: .....  
Alte Wohnung: .....

die im Falle einer Wohnungsänderung zum 1. Jan. baldmöglichst an die Trägerin od. unsere Expedition abzugeben ist.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwig.  
Verleger: L. H. Schwarzbach. Druck: Friedr. Meyer u. Co.  
Sämtlich in Lübeck.

3. verm. 3. 1. April abgeschl.  
C. Junger, Vorwerk, Dorfstr. 17.  
Die 1. Etage, enth. 3 Zimmer  
und alles Zubehör, zum 1. April  
zu vermieten. Zu melden  
Glandorfsstraße 14. part.  
Zum 1. April große freundliche  
2-Zimmer-Wohnung nebst Zubehör  
zu vermieten. Gneisenaustr. 4.  
Zum 1. April 1912 eine Zwei-  
Etassen-Wohnung mit Stall  
und Garten zu vermieten.  
H. MaB, Zimmermann, Schönhöden

Gesucht zum sofortigen Eintritt  
**ein Herr**  
für die  
**Nähmaschinenbranche**  
in Kasse und Verkauf. Lebens-  
stellung. Angebote unter A W  
3 an die Expedition dies. Bl.

**Ein Haus** vor dem Holsten-  
tor, 3x3 Zimmer,  
zu verkaufen.  
Näheres Neuhafenstraße 26, I.  
Zu verkaufen Haus mit vier 3-  
Zimmer-Wohnungen vor d. Holstent.  
bei geringer Anzahlung. Angebote  
unter K an die Exp. d. Bl.  
Zu verkaufen 3 Kachelöfen mit  
ein. Kasten, Kachelherd (einaemauert,  
Kessel) billig auf Abruch. Haus  
Kilier, Moislinger Allee 99. Von  
8-12 und 2-4 Uhr oder Dreyer,  
Lönferweg 70.

Zu verkaufen mehrere Jahrgänge  
„Die Woche“, spottbillig. Das-  
selbst wird ein Kaufjunge gesucht.  
Katharinenstraße 27.  
Eine fast neue Plüschgarnitur  
(Rot) und ein Sofa (schwarz) billig zu  
verkaufen. Maiblumenstraße 7, I.  
**Ein Haus**  
mit zwei Wohnungen zu verkaufen.  
Löhnsstraße 9a.  
Ein großer Babykorb und ein  
Ein- und Liegewagen zu verkauf.  
Vorwerk, Bogensstraße 20a.

**Zeitungs-papier**  
zu verkaufen.  
Kaiser-Café, Holstenstraße.  
Ein fast neuer Kinder-Stappstuhl  
und ein Ein- und Liegewagen  
billig zu verkaufen.  
Prokesstraße 32.  
**Empfehlungs-karten** ::  
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.  
Johannisstraße 46.

**Bezugsquellen-Verzeichnis**

Den Lesern bei Einkäufen auf's beste empfohlen

<b>Brauereien</b> Elbschloss, M. Hofmann, Hansstr. 75. Kielar Schleßbräu, H. A. Wulff, Ebnertstr. 36. F. Weiermüller Nachf., Schwartauer, Allee No. 39. Franz Langloß, Braubier.	<b>Drogerien</b> W. Hohenschild, Marlist. 42c. T. 736. Aug. Prösch, Mühlenstr. 38. Julius Vogt, Germania-Drogerie, Ebnertstr. 36. H. Bentzien, Fackengb. Allee 53. Deutsches Nähmaschinen-Haus Gustav Rath, Frister & Rosmann - Nähmasch. Franz Busse, Wahnstr. 42. Heinr. Körner, Gr. Burgstr. 23. St. Gertrud-Fahrradhaus, Joh. Meier, Arnoldstr. 12a. Carl Petersen, Malente, Bahnhofstr. 28. Schwartau, Lüb.-St. L. Krohn, 71. Rep. Sämtl. Ersatz.	<b>Friseur, Parfüm.</b> Johs. Kühn, Ratzebg. Allee 42a. <b>Galant-, Spielwar.</b> C. Bliesath Wwe. Sandstr. 9. <b>Handels-Lehranst.</b> Privat-Handels-Institut Herm. Lips, Bankwartsgrube. <b>Haus-u. Küchenger.</b> Joh. Baade, Lübeck, Fackengb. Allee 34a. Paul Reher, Tunkenhagen 5. E. Winkelmann Nachf., Eutin. Louis Rathmann, Schwartau. <b>Herren- u. Knab.-Gard.</b> Joh. Dittmer, Lübeck, Drögest. 12a. Rudolph Karstadt, Eutin. <b>Hüte und Mützen</b> Adolph Dimper, Lübeck, Wahnstr. 9. Aug. Trost & Sohn, Holstenstr. 24.	<b>Kurz-, Weiss-, Wollw.</b> O. Sinnenwald, Lindenstr. 39. Paul Remien, Malente, Bahnhofstr. <b>Manufakturwaren</b> Johann Dittmer, Drögest. 12a. Paul Remien, Malente, Bahnhofstr. Zimmermann, Malente, Bahnhofstr. Handl. Engros-Lager, Schwartau H. Quitzau, Schwartau, Marktstr. 14. <b>Möbelmagazine</b> Möbel-Fabrik, Möntz & Stech, Moising Allee 60. Detail-Verkauf in der Fabrik. W. Pamperin, Mühlenstr. 47. St. Annenstr. 20. Wohnungseinrichtung, z. billigen Pre. <b>Molkereiprodukte</b> Hansa-Meierei in der Amme Lübeck's allerersten Milchprodukten aller Art.	<b>Billigste Bezugsquelle für</b> Öfen, Herde, Gaskocher, Grundlefen <b>Adolf Borgfeldt,</b> Fennrl. 62, Mühlenstr. 36 und 40. <b>Pätz u. Modewaren</b> B. Dührmann, Holstenstr. 18. <b>Empfehlensw. Restaur.</b> Wacknitz-Strand, Lübeck, Blankstr. 83. <b>Schreibwaren</b> Aug. Barrester, Lübeck, M. Maxeln Wwe., Moising Allee 40a. Elsa Paulsen, Spez. Briefmarken. <b>Schuhwaren</b> Rud. Möller, Hartengr. 38. Reparatur. Aug. Rostock, Fünfhausen 5. Rudolph Karstadt, Eutin. Paul Remien, Malente, Bahnhofstr. <b>Seifen, Toilette-Art.</b> Ludwig Hartwig, Lübeck, Oh. Trav. 8. <b>Stahl-, Eisenwaren</b> Franz Geuzner, Fackengb. Allee 10b. Fennrl. 1031. F. Wichmann, Hixstr. 46. Sa- liger Stahlwaren.
<b>Siegerin</b> "Palmao" "Mohra" <b>Arb.- u. Berufs-Kl.</b> J. H. Peil, am Markt. Rudolph Karstadt, Eutin. H. Quitzau, Schwartau, Markt 14. <b>Art. z. Krankenpfl.</b> F. W. Heyde, Königsstr. 32. <b>Bäckereien</b> Paul Bauer, Lübeck, L. Lohb. 48. Dampf-B. u. Kondit. J. Eixmann, Frieder. H. Jargstorff, Warendorferstr. 35. R. Kasch, Fleischerstr. 52. W. Kraus, Fackengb. Allee 57a. Ad. Hinzelmann, Wüsteb.- str. 23. Feinstes Schwarz- u. Weißbrot. B. Plath, Schladan, Lübeckerstr. 3. W. Steinhoff, Travemünde.	<b>Farben u. Lacke</b> J. Farber, Dornestr. 29. W. Hohenschild, Marlist. 42. T. 736. Ferd. Kayser, Breitestr. 81. Aug. Prösch, Mühlenstr. 38. <b>Fleisch- u. Wurstw.</b> Hans Gerds, Elswigstr. 1a. Prinz Fleisch- und Wurstwaren. Chr. Gipp, Moisinger Allee 4. Gothknecht, Gottlieb, Köhlerstr. 104. Carl Joost, Beckergroße 30. Wendstr. 1. 1450. C. Klein, Pfaffenstr. 14. W. Lemcke, Ap. der Mauer 41a. F. Mörck, Kopienstr. 68. W. Pöhl, Ebnertstr. 42. Wurst- fabrik mit elektr. Betr. Joh. Schöber, Gr. Burgstr. 53. Geat. Zach, Kottwitzstr. 32. L. Müller, Pa. Fleisch- u. Wurstwar.	<b>Kino-Salon</b> <b>Biophon-Theater</b> Breitestr. 52. Vornehmstes am Platze. Vollendetste Vorführ. leb- der, singender, sprechender Photogr. <b>Kolonial-, Fettwar.</b> Feddler J. Behm, Hansastr. 97. Johs. Brede, Dankwartsgr. 37. Reinh. Büsen, Arnimstr. 1a. Heinr. Franck, Wahnstr. 67. Ludw. Hartwig, Oh. Trav. 8. Carl Hindoffsky, Marlist. 44. D. Lerch, Lg. Lohberg 37. Ernst Lüth, Spillerstr. 5. H. Schütt, Augustenstr. 14/12a. J. Semrau, Hixstr. H. Lettow, Eutin, Weidestr. 4. Louis Rathmann, Schwartau. J. U. Kröger, Travemünde.	<b>Meiereien</b> Meierei Rensfeld Inh. Paul Rieckert, Vortellhafte Bezugsquelle für Milch und Butter. Meierei Schwartau Inhaber Philipp Eitel, Tel. 2144 Milch und Molkereiprodukte. <b>Optik u. Mechanik</b> Carl Volger, OptischesSpe- zial-Geschäft, 56 Breitestr. 56. <b>Photogr. Ateliers</b> O. Goetze, Lübeck, Gr. Burgstr. 15. Jul. Pingel, Johannisstr. 15. Fennrl. 39. Samson & Co., Fennrl. 1067.	

**Leser, Leserinnen, Arbeiter, Arbeiterinnen, berücksichtigt obige Firmen!**